

2009



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
e.V.

Der BUND in Nordrhein-Westfalen Jahresbericht 2009

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

www.bund-nrw.de

Düsseldorf, März 2010

Vorwort

Natur- und Umweltschutz in NRW.

Erfolgreiche Kraftwerkskampagne: BUND treibt Klimaschutz voran	5
Duchwachsene Agrar-Bilanz: NRW-Äcker gentechnikfrei – Mastanlagen boomen	10
Für biologische Vielfalt: Naturschutz im BUND	13
Alles im Fluss? Gewässerschutz bleibt mühsam	19
Feinstaub, Giftgas, Müll: BUND fürchtet Ökodumping	21
OGS, NUA: Umweltbildung im BUND	24
»...und jetzt noch die Erde retten« – die BUNDjugend NRW	25

Unabhängig. Politisch und finanziell.

BUNDland NRW	28
BUND-Publikationen und BUND-Medien	28
Der BUND in den Medien	29
Finanzen des BUND NRW e.V.	29
Die BUND NRW Naturschutzstiftung	31
Wir über uns: Das BUND-Team 2009	31
Impressum	

Titelfoto:

Der BUND kämpfte in 2009 gegen den Verkauf von Staatswald – wie hier diesen naturnahen Buchenwald in Eifel.

Foto: D. Jansen

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

„wir bleiben präsent und mischen uns ein“ – das haben wir für 2009 angekündigt und beherzt auf allen Ebenen umgesetzt. Vor Ort in Nordrhein-Westfalen hat sich der BUND für Naturschutz eingesetzt und neue Projekte in Angriff genommen. Auf kommunaler und regionaler Ebene begleiteten wir kritisch Eingriffe und Planungen. Auf Landesebene setzten wir uns mit Gesetzesvorhaben, dem Abbau von Standards und anderen problematischen Entscheidungen der schwarz-gelben Landesregierung auseinander.

Dabei nutzten wir konsequent unsere juristischen Möglichkeiten, wenn keine anderen Wege mehr offen standen. Dies war vor allem erforderlich bei unserem Schwerpunktthema – dem Kampf gegen den Neubau Klima schädigender Kohlekraftwerke. Mit Erfolg!

Bereits im Frühjahr hatten wir beim OVG Münster Rechtsgeschichte geschrieben. Im Zusammenhang mit dem Kohlekraftwerk Lünen muss jetzt der Europäische Gerichtshof entscheiden. Im Herbst sorgte der BUND dann bundesweit für Wirbel. Nach der wegweisenden Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster zur Aufhebung des Bebauungsplans für das Monsterkraftwerk Datteln legten weitere Anträge und Klagen des BUND die Baustelle weitgehend still. Aber auch juristische Niederlagen hatten wir in 2009 zu verkraften, wie etwa im Rechtsstreit um die für Mensch und Umwelt desaströse tagebaubedingte A4-Verlegung. Auch verweigerte uns das OVG eine inhaltliche Prüfung der Genehmigung des Kohlekraftwerks Herne.

Auch im Naturschutz war neben handfestem Engagement juristischer Einsatz gefordert. So gelang es an Weser und Sieg, den Abschuss des geschützten Kormorans zu verhindern. Zum Schutz des seltenen Bibers am niederrheinischen Tweestrom zogen wir mit tatkräftiger Unterstützung der lokalen NaturschützerInnen vor Gericht. Trotzdem bleibt die Bilanz durchwachsen: Während viele BUND-Aktive vor Ort erfolgreich für mehr Naturschutz kämpfen, herrschte in der Naturschutzpolitik auf Landesebene überwiegend Stillstand. So kam etwa der Nationalpark in Ostwestfalen-Lippe nicht voran, ein möglicher Nationalpark Siebengebirge wurde leider durch ein Bürgerbegehren in Bad Honnef zu Fall gebracht.

Überhaupt hatten wir auch 2009 weiter mit der Zwiespältigkeit der aktuellen Landesregierung zu kämpfen, die sich dialogbereit gibt, aber einen knallharten rückwärts gewandten Kurs in der Klimaschutz- und Energiepolitik fährt, im Gewässer- und Naturschutz vor ordnungsrechtlichen Konsequenzen zurückschreckt und allenthalben Überwachung und Vollzug einschränkt.

Dies schadet dem Umwelt- und Naturschutz im Land, da die negativen Entwicklungen überwiegen und ihnen nicht konsequent Einhalt geboten wird. Unverbindliche Vereinbarungen und freiwillige Verpflichtungen führen nur



Paul Kröfges, BUND-Landesvorsitzender
Foto: BUND

in den seltensten Fällen weiter. Beim Flächenverbrauch, der immer noch bei 15 ha pro Tag liegt, zeigt sich dies besonders krass. Kommunen und Regionen planen landauf landab weiter Gewerbegebiete, ohne dass ihnen die Landesregierung in den Arm fällt. Im Gegenteil: Mit der Novelle des Landschaftsgesetzes werden solche Natur zerstörenden Eingriffe sogar noch erleichtert.

Enttäuscht sind wir auch über die fehlende Unterstützung der Landesregierung bei vielen Konflikten im Lande, sei es bei der Zerstörung der Sürther Aue südlich von Köln für einen überflüssigen Hafenausbau, der unklaren und zögerlichen Haltung bei dem Konflikt zwischen Kalkabbau und Trinkwassergewinnung im Raum Warstein/Rüthen und dem zunehmenden Nutzungsdruck auf unsere Wälder. Auch die wachsende Bereitschaft, den Staatswald für den ruinierten Staatshaushalt zu verscherbeln, stieß landesweit auf Empörung. Enorme Defizite gibt es auch bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und der Förderung des Biolandbaus.

Vor diesem Hintergrund braucht unser Land dringend einen politischen Kurswechsel.

Auf der anderen Seite bleiben wir herausgefordert, in unserem Engagement nicht nachzulassen. Wir werden weiterhin und dauerhaft gebraucht! Dieser Jahresbericht zeigt, wie wir uns 2009 dieser Aufgabe gestellt haben und ich danke allen von Herzen, die uns aktiv, durch ehrenamtliches Engagement, aber auch fördernd durch Mitgliedsbeiträge und Spenden dabei unterstützt haben.

Auch in Zukunft können Sie sich auf unser Engagement verlassen.

Herzlichst

A handwritten signature in black ink that reads "Paul Kröfges". The signature is written in a cursive, flowing style.



„Der Schutz unserer schönen und vielfältigen Natur, von der Eifel bis zur Weser, vom Siegerland bis zum Teutoburger Wald, ist uns wichtig, weil wir das Gebot der Bewahrung der Schöpfung ernst nehmen.“ O-Ton Ministerpräsident Jürgen Rüttgers in der Regierungserklärung am 13. Juli 2005.

Foto: Landtag NRW / B.Schälte

Natur- und Umweltschutz in NRW

Kurz vor den Landtagswahlen am 9. Mai 2010 fällt die BUND-Bilanz der zu Ende gehenden Legislaturperiode ernüchternd aus. Fünf Jahre schwarz-gelbe Regierung haben Nordrhein-Westfalen verändert - leider nicht zum Positiven. Diese Koalition trat erklärtermaßen an, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Voraussetzungen für saubere Luft, sauberes Wasser und intakte Böden als Lebensgrundlagen zu erhalten. Gemessen daran, ist Schwarz-Gelb brutal gescheitert.

Mitwirkungs- und Klagerechte von BürgerInnen und Verbänden wurden eingeschränkt, Umweltstandards herabgesetzt, die Umweltverwaltung zerschlagen, der Ausbau der Windenergie behindert, und statt Förderung der Biolandwirtschaft boomen wieder Intensivlandwirtschaft und Tierfabriken. Trotz zahlloser Gesprächs- und Konsensrunden und dem Credo von „der Bewahrung der Schöpfung“ muss der BUND feststellen: Es wurde versäumt, die Weichen für ein zukunftsfähiges NRW zu stellen, stattdessen stellen wir überwiegend Rückschritte oder Stagnation im Umwelt- und Naturschutz fest.

Flächenverbrauch und Zersiedelung des Landes schreiten trotz demographischen Wandels fort, der Braunkohleabbau zerfrisst weiter die Landschaft, überall im Lande werden Großkraftwerke geplant, der Umstieg in eine energiesparende, regenerativ, effizient und dezentral versorgte, moderne Industriegesellschaft ist nicht in Ansätzen erkennbar - im Gegenteil. Diese Koalition der Klimaignoranten behält die rote Laterne in Deutschland und schafft sogar im Eilverfahren Klimaschutzparagrafen in der Landesplanung ab, um dem am Widerstand von BUND und betroffenen Bürgern vorerst gescheiterten Monsterkraftwerk des Großkonzerns E.On in Datteln doch noch eine mehr als zweifelhafte Rechtsbasis zu verschaffen.

Die Mängelliste kann fortgesetzt werden: Der Störfall wird zum Normalfall, da die staatliche Überwachung zurückgefahren und die Genehmigungsverfahren, auch für Risikobetriebe, vereinfacht wurden. Bayer und Co. können sich auf Schwarz-Gelb in NRW verlassen, die ihnen dabei helfen, eine CO-Giftgaspipeline mitten durch Wohngebiete zu drücken. Die Auto-Vorrangpolitik verursacht weiter Feinstaub und Stickoxide, innovative Konzepte für eine Verkehrswende sind nicht in Sicht.

Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ist alles andere als ambitioniert und entspricht nicht den europäischen Vorgaben, die Ausnahme wird zur Regel erklärt. Auch sonst überwiegen im Naturschutz die Defizite, der Niedergang der Artenvielfalt wurde nicht gestoppt, ein zweiter Nationalpark in NRW scheiterte, und der bestehende Nationalpark in der Eifel ist weit davon entfernt, ein Juwel zu sein - zu sehr überwiegt dort der Event- und Tourismusaspekt. Und gleich nebenan begann im großen Stil der Verkauf des Staatswaldes, obwohl NRW den niedrigsten Anteil aller Bundesländer an öffentlichem Waldbesitz hat.

Die „Privat vor Staat“-Ideologie hat in NRW tiefe Spuren hinterlassen. Für den BUND bleibt also auch in Zukunft viel zu tun.

Erfolgreiche Kraftwerkskampagne: BUND treibt Klimaschutz voran.



Von 1990 bis 2005 sind die Treibhausgasemissionen in Nordrhein-Westfalen von jährlich 351 auf 317 Millionen Tonnen und damit um 10 Prozent gesunken. Viel zu wenig angesichts der globalen Bedrohung durch den Klimawandel und der Notwendigkeit, den Ausstoß von Kohlendioxid bis zur Mitte der Jahrhunderts um 80 bis 95 Prozent zu senken, wenn das Ziel einer maximalen Temperaturerhöhung um 2° C erreicht werden soll. Ein Drittel aller Treibhausgasemissionen Deutschlands stammt noch immer aus unserem Bundesland. Schlimmer ist, dass sich der leicht rückläufige Trend seit Antritt der schwarz-gelben Koalition wieder in sein Gegenteil verkehrt hat: Zwischen 2005 und 2008 sind die CO₂-Emissionen um etwa 10 Prozent gestiegen. Insgesamt werden im Bereich Energiewirtschaft jährlich 172 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente emittiert. Die Kraftwerke an Rhein und Ruhr sind damit Deutschlands Klimakiller Nr. 1.

Für den BUND bleibt der Klimaschutz eine der zentralen Herausforderungen. Deshalb hat er in 2009 die Bemühungen zur Verhinderung weiterer Klimakiller-Kraftwerke und für eine zukunftsfähige Energiepolitik weiter forciert. Trotz der erzielten Erfolge sieht die Zukunft aber eher düster aus. Ohne einen grundlegenden Politikwechsel wird NRW die rote Laterne beim Klimaschutz behalten.

Kampf gegen Kohlekraftwerk Datteln

Das Urteil machte bundesweit Furore: Am 3. September 2009 hob das Oberverwaltungsgericht NRW den Bebauungsplan für das geplante E.ON-Steinkohlekraftwerk in Datteln auf. Begründet wurde diese historische Entscheidung mit Verstößen gegen Klimaschutzvorgaben des Landesplanungsrechts und gegen die Störfallverordnung, fehlenden Abständen des Kühlturms zur Wohnbebauung, einer fehlerhaften Abwägung im Genehmigungsverfahren und einer Missachtung naturschutzrechtlicher Vorgaben. Erwirkt wurde das Urteil von einem vom BUND fachlich unterstütztem Privatkläger aus Waltrop.

Der BUND nutzte das Urteil als Steilvorlage: Mit einer Erweiterung seiner bereits 2008 eingereichten Klage gegen die immissionschutzrechtliche Genehmigung des Kraftwerks und verschiedenen Eilanträgen erreichten wir einen weit gehenden Baustopp. Nach heftigem juristischen Gerangel durfte E.ON zwar einzelne Anlagenteile weiterbauen. Allerdings geschieht alles auf eigenes Risiko: Haben die Klagen letztendlich Erfolg, muss E.ON das gesamte Kraftwerk wieder abreißen.

In der Folge löste der Rechtsstreit emsige Betriebsamkeit in der Landespolitik aus. Ursache für das Debakel der Kraftwerksbefürworter waren gravierende Planungsfehler der Stadt Datteln, der Bezirksregierung Münster und des NRW-Wirtschaftsministeriums. Diese hatten u.a. schlichtweg übersehen, dass ein solches Kraftwerk gemäß Landesentwicklungsplan gar nicht an diesem Standort gebaut werden darf. Nach dem lange Zeit erfolgreichen Motto „wo kein Kläger, da kein Richter“ hoffte man offenbar, das Kraftwerk fertig zu stellen - vergebens.

Allerdings lässt die Landesregierung nichts unversucht, den Kraftwerks-Schwarzbau doch noch nachträglich zu legalisieren. In einer in NRW beispiellosen Initiative schaffte die schwarz-gelbe Mehrheit im Hau-Ruck-Verfahren den so genannten „Klimaschutzparagrafen“



Ganz Deutschland schaut auf den Ausgang des juristischen Ringens um das E.ON-Kohlekraftwerk in Datteln.

Foto/M.: D. Jansen



des Gesetzes zur Landesentwicklung ab und fasste den Beschluss zur Änderung des Energiekapitels des Landesentwicklungsplans. Damit soll der Weg für ein neues Bebauungsplanverfahren geebnet werden.

Gemeinsam mit dem Online-Kampagnen-Netzwerk Campact und der Klima-Allianz machte der BUND gegen diese „Lex E.ON“ mobil. In kurzer Zeit erreichten mehr als 63.500 Protestmails die Staatskanzlei von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers. Auch die Medien berichteten bundesweit über die schwarz-gelben Trickserien.

Der Ausgang des Verfahrens kann indes noch nicht sicher prognostiziert werden. Doch der BUND ist optimistisch, dieses für den Klimaschutz in NRW verheerende Vorhaben letztendlich verhindern zu können.

Mehr Infos:

http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/kohlekraftwerke/kraftwerksplanungen_nrw/datteln

Streitfall Kraftwerk Lünen

Eine Wegweisende Gerichtsentscheidung erwirkte der BUND auch im Streit um die immissionschutzrechtliche Genehmigung für das Trianel-Kohlekraftwerk in Lünen. „Der Genehmigungsbescheid für das Kraftwerk ist rechtswidrig“, so lautete das Credo der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster

am 5. März. Die Frage ist nur: Darf der BUND die vom Gericht festgestellten Rechtsverstöße gegen zwingende Vorgaben der Naturschutzgesetze im Gerichtsverfahren geltend machen? Nach deutschem Prozessrecht darf er das nicht, so dass auch offensichtlich rechtswidrige Genehmigungsbescheide gültig sind und ausgenutzt werden dürfen. Jedenfalls soweit es um Vorhabensgenehmigungen für umweltbelastende Großvorhaben geht, widerspricht dies nach Auffassung des BUND aber internationalen und europarechtlichen Vorgaben.

Auf Antrag des BUND hat das OVG daher einen Vorlagebeschluss zum Europäischen Gerichtshof erlassen, dessen Entscheidung dann für die deutschen Gerichte bindend sein wird. Im Juni 2010 wird der Fall vor dem EuGH in Luxemburg verhandelt. Auch das eine Entscheidung, die weit über NRW hinaus von grundsätzlicher Bedeutung ist.

Im Dezember legte der BUND dann noch einmal nach. Auch gegen die wasserrechtliche Genehmigung zur Ableitung der Kraftwerksabwässer in die stark vorbelastete Lippe legten wir Rechtsmittel ein, gefolgt von einer weiteren Klage gegen den Bau einer 380-Kilovolt-Hochspannungsleitung zur Netzanbindung des Kraftwerks.

Ohne die beispielhafte Unterstützung durch die Lünener Bürgerinitiative Kontra-Kohle-Kraftwerk, den BUND-Bundesverband und engagierte Einzelpersonen könnte dieser Rechtsstreit nicht in dieser Intensität geführt werden.

Der Fall Lünen zeigt aber auch, wie vielschichtig Genehmigungsverfahren für Kohlekraftwerke sind und das der BUND einen langen Atem braucht, solche Verfahren durchzustehen.

Mehr Infos:

http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/kohlekraftwerke/kraftwerksplanungen_nrw/luenen_trianel/



Gemeinsam für mehr Klimaschutz: Das erfolgreiche Team von BUND und Lünener Bürgerinitiative vor dem OVG.

Foto: BUND

Erfolg in Düsseldorf – Krefeld und Herne mit offenem Ausgang

Seit 2007 kämpft das maßgeblich vom BUND getragene Aktionsbündnis Sauberer Strom am Rhein – ASTR(H)EIN in Düsseldorf gegen das dort geplante 400 MW-Steinkohlekraftwerk und für eine saubere Energieversorgung. Mit einer Online-Kampagne, Mahnwachen, zahlreichen Veranstaltungen und permanenter Öffentlichkeitsarbeit wurde die Diskussion befeuert – mit Erfolg. Auch wenn das offizielle Aus für das Kohlekraftwerk noch nicht besiegelt wurde, deutet

alles darauf hin, dass jetzt ein wesentlich weniger umweltschädliches Gaskraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung gebaut werden soll. Ein besonderes ASTR(H)EIN-Highlight 2009 war die Diskussion mit Ratsvertretern im „rollenden Klimaschutzexpress“ - einer Straßenbahn - im Vorfeld der Kommunalwahl. Nicht nur alle Ratsfraktionen, sondern auch der Düsseldorfer Oberbürgermeister machten sich unser Ziel einer CO₂-freien Landeshauptstadt bis 2050 zu eigen.



In Krefeld machten BUND und Bürgerinitiativen gemeinsam mit der Klima-Allianz mit einer Großdemonstration unter dem Motto „Wir lassen uns nicht verkohlen“ Druck auf die Stadt und die dortigen Kraftwerksplaner von Trianel und Bayer. Ob sich dieses Vorhaben jemals realisieren und dann auch rechnen wird, ist zunehmend ungewiss. Seit Monaten steht der BUND in den Startlöchern und bereitet sich auf das öffentliche Genehmigungsverfahren vor. Doch obwohl die Mehrheit des Krefelder Stadtrats in einer beispiellosen „Rolle rückwärts“ den Weg für das Vorhaben geebnet hat, bleiben noch weitere bauleitplanerische Hürden.

Während der BUND sich im Falle des Kraftwerks Krefeld auf eine weitere juristische Auseinandersetzung vorbereitet, ist eine solche gegen das Kraftwerk Herne 5 voll entbrannt. Der 8. Senat des Oberverwaltungsgerichts Münster hat am 9. Dezember die Klage BUND gegen die immissionschutzrechtliche Genehmigung des von Evonik geplanten Klimakillers aus formalen Gründen abgewiesen. Eine Revision wurde nicht zugelassen. Begründet wurde die Klageabweisung mit einer vermeintlich im Jahre 2006 acht Minuten zu spät bei der Bezirksregierung Arnsberg eingereichten Einwendung des Umweltverbandes. Der Vorsitzende machte in der Verhandlung deutlich, dass ansonsten durchaus entscheidungserhebliche Kritikpunkte des BUND an der Kraftwerksgenehmigung hätten betrachtet werden müssen. Der BUND hält diese so genannte „Präklusion“ für europarechtswidrig und hat deshalb Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision eingelegt.

Unabhängig vom Ausgang des Verfahrens besteht allerdings gute Hoffnung, dass dieses Kraftwerk nie realisiert wird. Evonik/Steag kündigte an, wegen der verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen das Vorhaben zunächst „auf Eis“ zu legen. Trotzdem ist der BUND aus grundsätzlichen Erwägungen entschlossen, das Verfahren weiter zu führen, zumal fraglich ist, inwieweit auf die Evonik/Steag-Ankündigungen Verlass ist. Es bleibt also auch hier spannend.

Mehr Infos zu allen geplanten Kohlekraftwerken:
http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/kohlekraftwerke/

Braunkohle bleibt Dauerbrenner

Nach einem wahren Verhandlungsmarathon wies das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig die BUND-Klage gegen die durch den fortschreitenden Braunkohlentagebau Hambach bedingte Verlegung der Bundesautobahn A 4 im Mai 2009 ab. Ende 2007 hatte der BUND mit Unterstützung der *Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der A 4* diese Klage eingereicht, um die AnwohnerInnen vor unerträglichen Zusatzbelastungen zu schützen und die letzten Lebensräume seltener Fledermäuse in der Niederrheinischen Bucht zu retten. Entsprechend groß war die Enttäuschung. Doch der Einsatz war



6. Juni 2009: BUND und Bürgerinitiativen demonstrieren gegen den Bau eines 750 Megawatt-Steinkohlekraftwerks in Krefeld.

Foto: D. Jansen

keineswegs vergebens: wesentliche Umplanungen zum Schutz der Natur konnten durchgesetzt werden. So hatte der BUND u.a. den Wegfall einer Rastanlage im Bereich der europarechtlich geschützten Steinheide, Amphibienschutzmaßnahmen und eine Grünbrücke über die Trasse erkämpft. Zuletzt hatte das Verkehrsministerium auch den Fledermausschutz verbessert, um einer drohenden Niederlage vor Gericht zu entgehen.

Um den Braunkohlentagebau Garzweiler II ist es hingegen nach den dramatischen Ereignissen um die BUND-Zwangsräumung im Januar 2008 stiller geworden. Noch immer sind jedoch zwei Verfassungsbeschwerden des BUND und einer Privatperson aus Immerath in Karlsruhe anhängig.

Mächtig für Aufregung auch im Rheinland sorgte allerdings der tödliche Tagebauerdrutsch im sachsen-

anhaltigen Nachterstedt. Die BUND-Analyse, dass solche katastrophalen Ereignisse auch hierzulande auftreten könnten, sorgte tagelang für einen wahren Presseansturm und bundesweite Medienpräsenz.

Als Dauerbrenner erweist sich auch das Themenfeld Braunkohlentagebau und Feinstaub. Erst durch BUND-Recherchen im Jahre 2003 war dieses Thema überhaupt auf die politische Agenda gerückt. Nachdem wir bereits für die Tagebaue Hambach und Garzweiler die Aufstellung von Feinstaub-Aktionsplänen durchgesetzt hatten, trat am 1. April 2009 auch der Luftreinhalteplan Grevenbroich in Kraft. Damit sollen die hohen Partikelbelastungen durch den Kohlebunker des Tagebaus Garzweiler dauerhaft gesenkt und die Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte garantiert werden. Inwieweit ein solcher Luftreinhalteplan nun auch für Hambach aufgestellt werden muss, wird derzeit geprüft. Unbeschadet davon bleibt der BUND allerdings bei seiner Forderung nach einem Luftreinhalteplan für das gesamte Braunkohlenrevier und weiter gehende Maßnahmen.

Mehr Infos: http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/braunkohle/

Ökologischen Feigenblatt CCS

Die Abscheidung, der Transport und die Lagerung von Kohlendioxid (Carbon Capture & Storage = CCS) ist heftig umstritten. Die Kraftwerkswirtschaft sieht darin einen Heilsbringer um weiterhin Kohlekraftwerke bauen zu können, Kritiker wie der BUND lehnen die Technologie als „ökologisches Feigenblatt“ ab. Die Technik ist extrem teuer, mit zahlreichen Risiken behaftet und steht – falls überhaupt – frühestens ab dem Jahr 2020 großtechnisch zur Verfügung. Für den Klimaschutz kommt CCS definitiv zu spät, schon jetzt stehen dagegen klimafreundliche, dezentrale Energieerzeugungsarten zur Verfügung.



Dazu wird CCS v.a. auch in den für die „Endlagerung“ vorgesehenen Zielgebieten Norddeutschlands abgelehnt. Als der BUND im Mai 2009 die uns zugespielte RWE-Geheimplanung zum Trassenverlauf veröffentlichte, hagelte es vehementen Bürgerprotest. Mit Online-Kampagnen, in zahlreichen Vorträgen und Demos unterstützte der BUND den Widerstand.



Mit Erfolg: Der CCS-Gesetzentwurf wurde nicht verabschiedet, RWE verkündete, die Planungen zum Bau eines 400 MW-CCS-Kraftwerks in Hürth und einer 550 km langen Pipeline vorerst nicht realisieren zu wollen.

Trotzdem ließen es sich Ministerpräsident Rüttgers und der damalige Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg nicht nehmen, im August 2009 die CCS-Pilotanlage der RWE am Kraftwerk Niederaußem in Betrieb zu nehmen. Die Anlage schafft es, gerade einmal 7,2 t CO₂ pro Tag abzuscheiden. Niederaußem emittiert pro Jahr etwa 27 Millionen Tonnen des Klimagases. Da das RWE den BUND kurzerhand von der Gästeliste gestrichen hatte, protestierten BUND-Aktivist*innen allein vor der Kraftwerks-„Haustür“ – viel beachtet von einem großen Medienaufgebot.

Mehr Infos: http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/ccs/

Sauberer BUND-Strom

Der BUND hat in 2008 wie geplant eine weitere Fotovoltaikanlage in Betrieb genommen. Die neue Anlage mit 10 Kilowatt Spitzenleistung erzeugt jetzt sauberen Strom auf dem Dach des Eugen-Schmalenberg-Berufskollegs in sauerländischen Halver. Dies ist nach der Anlage auf der Düsseldorfer Landesgeschäftsstelle und der Natur- und Umweltschutz-Akademie in Recklinghausen jetzt schon das dritte BUND-Sonnenkraftwerk.

Für den BUND steht dabei neben dem wirtschaftlichen Nutzen auch der Multiplikatoreffekt im Fokus: Die SchülerInnen des Berufskollegs werden mit der Nutzung der Sonnenenergie vertraut gemacht. Außerdem werden

BUND-Protest gegen das „ökologische Feigenblatt“ CCS vor dem RWE-Braunkohlenkraftwerk Niederaußem.

Foto D. Jansen

die ökologischen, ökonomischen und technischen Aspekte der Anlage in den Unterricht eingebunden.



Die BUND-Solarstromanlage in Halver und ihre glücklichen Initiatoren.
Foto: BUND

„Energie hoch Drei“ (für Arbeitsplätze, Entwicklung und Klimaschutz) erzeugt die 660 kW e³-Windkraftanlage in Geseke, an der der BUND beteiligt ist. Sie wurde 2002 eingeweiht und allein aus Bürger-Kapital finanziert. Zum einen durch Kapitalbeteiligungen von Kom-

manditisten, die dafür eine Rendite erhalten. Zum anderen durch Spenden, die in einer gemeinsamen Kampagne von S-N-O-W e.V. und dem BUND Nordrhein-Westfalen eingeworben wurden. Bezogen auf diese Spenden werden im Laufe von 20 oder mehr Betriebsjahren „Gewinne“ ausgeschüttet, die wiederum ökologische Energieprojekte in Indien und Weißrussland finanzieren.

Trotz der relativ ungünstigen Witterungsverhältnisse lieferten die BUND-Energieanlagen im Jahr 2009 etwa 850.000 Kilowattstunden Strom und sparten damit 430 Tonnen des Klimakillers CO₂ ein.

Atomland NRW

Auch wenn die Atomkraftwerke Würgassen und Hamm-Uentrop schon vor mehr als zehn Jahren abgeschaltet wurden – Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor „Atomland“.

Mit dem Brennelemente-Zwischenlager Ahaus, der Urananreicherungsanlage Gronau und der GNS Atommüll-Konditionierungsanlage in Duisburg-Wanheim sind wichtige Betriebe der Atomwirtschaft in NRW beheimatet. Und der Versuchsreaktor Jülich wird uns als strahlende Altlast wohl noch lange gefährden. Einzig der „Schnelle Brüter“ in Kalkar ging nie in Betrieb und erfreut sich heute einer Nutzung als Freizeitpark.

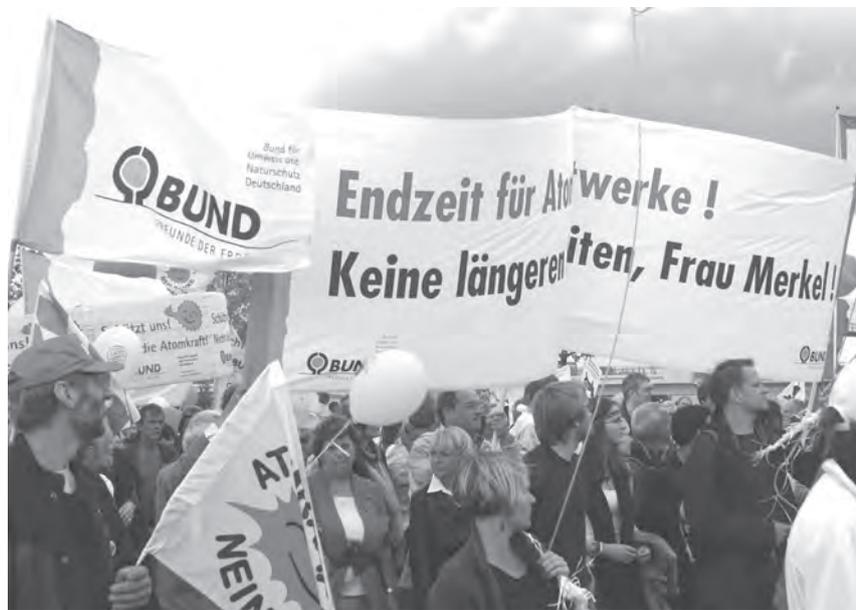
Von daher machte auch der BUND in NRW zur Bundestagswahl im September 2009 mobil. Mit einer Delegation zeigten wir bei der Großdemonstration am 5. September in Berlin im wahrsten Sinne des Wortes „Flagge“. Mit uns demonstrierten 50.000 Menschen für den Sofortausstieg aus der unbeherrschbaren Nutzung der Atomkraft.

Doch auch in NRW gilt es wachsam zu bleiben, denn Schwarz-Gelb unterstützt massiv den „Ausstieg vom

Ausstieg“ und bereitet heimlich, still und leise den Bau neuer Hochtemperatur-Forschungsreaktoren vor.

Die Landesregierung setzt dabei ausgerechnet auf eine Technologie, die uns hierzulande schon jetzt teuer zu stehen kommt. Der nach zahlreichen Pannen 1989 endgültig stillgelegte Thorium-Hochtemperaturreaktor in Hamm/Uentrop kostete den Steuerzahler seitdem mehr als 250 Millionen Euro. Mit mehr als 500 Millionen Euro ist der Steuerzahler bei der Stilllegung des desaströsen AVR-Kugelhaufen-Versuchsreaktors in Jülich dabei.

Der AVR ist dabei das Paradebeispiel für die prinzipielle Unbeherrschbarkeit der Atomkraft. Gut 20 Jahre – von 1967 bis 1988 – wurden mit diesem Reaktor Strom und Prozesswärme erzeugt. Lange unbemerkt wurde der Reaktor mit zu hohen Temperaturen „gefahren“, Brennelementekugeln gingen zu Bruch, der Reaktor wurde



5. September 2009: Großdemo gegen Atomkraft in Berlin.
Foto D. Jansen

radioaktiv kontaminiert. Jetzt soll der Meiler unter Beton mindestens 30 Jahre – vielleicht sogar Jahrhunderte – eingeschlossen werden, bis man den Reaktorbehälter öffnen kann. Zusätzlich muss der Reaktorbehälter aber vom ursprünglichen Standort wegbewegt werden, weil im Jahr 1978 kontaminiertes Wasser in das Erdreich neben und unter dem Gebäude gelangt ist und dieser Bereich saniert werden muss. Das strahlende Erbe wird also noch die nachfolgenden Generationen gefährden.



Mehr Infos: http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/atomenergie/

Durchwachsene Agrar-Bilanz:

NRW-Äcker gentechnikfrei – Mastanlagen boomen

Die BUND-Aktivitäten für eine umwelt- und tierschutzgerechte Landwirtschaft umfassen eine breite Themenpalette von Gentechnik über Tierhaltung bis hin zu Agrarsubventionen, Biogasanlagen, Ökolandbau, Streuobstwiesenschutz u.v.m. Vor allem der Bau neuer Mastanlagen sorgte 2009 für wachsende öffentliche Aufmerksamkeit, Sorge und Empörung. Selbst in den traditionellen Tierhaltungsregionen des Landes wird diese Entwicklung nicht länger widerspruchlos hingenommen. In bewährter Zusammenarbeit mit dem BUND-Bundesverband und unseren Gruppen vor Ort mischten wir uns engagiert und streitbar in die politische und öffentliche Diskussion ein.

Erhalt einer gentechnikfreien Land(wirt)schaft

Nach den intensiven Auseinandersetzungen um den Anbau des Genmais MON 810 in Greven bzw. Borken und den Freisetzungen diverser genmanipulierter Maissorten in Werne (Kreis Unna) in den Vorjahren waren die Äcker in NRW im Jahr 2009 erstmals seit langer Zeit wieder komplett gentechnikfrei. Die Bundeslandwirtschaftsministerin verhängte ein Anbauverbot für den

MON 810 und bestätigte damit unsere seit vielen Jahren beharrlich vorgetragenen Bedenken gegen den Anbau. Dies ist ein großer Erfolg unserer gemeinsamen Arbeit und des vielfältigen genkritischen Widerstands in Deutschland. Auch für das Jahr 2010 ist in NRW kein Gentech-Anbau zu erwarten.

An Schärfe gewann unterdessen die Auseinandersetzung um importiertes gentechnisch verändertes Soja und Mais im Futtermittel. In einer groß angelegten Kampagne warben neben den Lobbyorganisationen der Tiermäster, der Futtermittelindustrie u.a. auch die beiden NRW-Bauerverbände vehement für die Zulassung neuer Sorten aus Übersee, da andernfalls vermeintlich die heimischen Schweine zu verhungern drohten. Selten wurde der Schulterschluss von Bauernverband und Agroindustrie so sichtbar.

Der BUND mischte sich 2009 erneut mit Stellungnahmen, Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Pressegesprächen vehement in die öffentliche Debatte ein, u.a. bei der Auftaktveranstaltung des ‚Gentechnikfreien Kreises Paderborn‘ und auf deren Einladung beim Treffen der niederländischen Bewegung für eine gentechnikfreie

Landwirtschaft. Eine Stellungnahme zur befürchteten Zulassung der Genmais-Sorten Bt11 und 1507 ist einem entsprechenden BUND-Hintergrund dargelegt.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/landwirtschaft_gentechnik/gentechnik/

Artgerechte Tierhaltung

Ein Rückblick auf nunmehr fast fünf Jahre schwarz-gelbe Agrarpolitik in NRW zeigt in Sachen Tierschutz und Landwirtschaft vor allem Rückschritte und Stagnation. Statt eine artgerechte Haltung als Chance zu begreifen, nimmt diese nur eine kleine Nische ein und bestimmten auch 2009 Intensivierung und Konzentration der Fleisch- und Eierproduktion das Geschehen. Vor allem Anträge auf Neubau und Erweiterung von Hähnchenmastanlagen nahmen sprunghaft zu. In vielen Orten im Lande mischten sich BUND-Gruppen mit Stellungnahmen und Veranstaltungen in die laufenden Planungen ein und wurden hierbei vom Landesverband nach Kräften unterstützt.

Weiterhin stritten wir für Verbesserungen in der Putenmast. Bereits im Jahr 2003 hatte eine BUND-Recherche miserable Haltungsbedingungen in den NRW-Putenställen sowie eklatante Mängel bei der Überwachung des Tierschutzes aufgedeckt. Das Umweltministerium reagierte hierauf seinerzeit mit einer eigenen Überprüfung der Zustände, die unsere Ergebnisse auf ganzer Linie bestätigte und letztlich zu einer Bundesratsinitiative der Länder NRW und Schleswig-Holstein zur Verbesserung der Putenhaltung führte. Diese wurde nach den Regierungswechseln in Düsseldorf und



BUND-Archiv



Kiel ersatzlos ‚einkassiert‘ – und die Missstände blieben bestehen: Der Großteil der rund 1,3 Millionen Puten im Land wird weiterhin in Intensivmast und alles andere als tiergerecht gehalten. Die Ställe sind durchweg zu eng, es fehlt an Auslauf und es werden nahezu allen Tieren die Schnäbel gekürzt. Die Anzahl der Betriebe geht zurück, während die Tierplatzzahlen weiter steigen. Der BUND fordert daher rechtsverbindliche Mindeststandards für die Haltung von Mastputen, deutliche Verbesserungen der amtstierärztlichen Kontrollen sowie ein Verbot extrem schnellwüchsiger, schwergewichtiger Zuchtlinien.

Zugleich mischte sich der BUND in eine kontroverse Diskussion über die Haltung von Bio-Puten ein: Kann es in Öko-Betrieben überhaupt eine tierschutzgerechte Putenhaltung geben, solange auch hier mangels echter Alternativen oft auf völlig überzüchtete, schnellwachsende Tiere gesetzt wird? Bedarf es womöglich eines Moratoriums in der Bio-Putenzucht, bis robustere Rassen zur Verfügung stehen? Wir eckten an, doch gerade weil der Ökolandbau unser Leitbild für die Landwirtschaft ist, wird der BUND auch künftig derart unbequeme Diskussionen anstoßen!

Mehr Infos: http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/landwirtschaft_gentechnik/tierschutz/

Umweltverträgliche Nutzung von Biomasse

Die Nutzung von Biomasse zur Gewinnung von Strom und Wärme ist ein sinnvoller Baustein der Energieerzeugung, sofern es sich um schadstofffreie organische Abfälle wie z.B. Grünschnitt handelt, die in kleineren dezentralen Anlagen eingesetzt werden. Anders sieht es u.U. beim gezielten Anbau von ‚Energiepflanzen‘ aus: Dessen Potenzial wird oft völlig überschätzt, während nachteilige Auswirkungen auf Natur und Landschaft sowie den Klimaschutz unbeachtet bleiben. Für den BUND gilt, dass ein solcher Anbau klar definierten energiewirtschaftlichen und ökologischen Mindeststandards genügen muss. Fehlentwicklungen zeichnen sich schon heute dort ab, wo der Neubau von Biogasanlagen mit großen Kapazitäten boomt und zugleich die Tierhaltung wächst. Von 2006 (219.500 ha) bis 2009 (263.200 ha) weitete sich die Maisanbaufläche in NRW um 20 Prozent aus.

Der BUND beantwortete auch 2009 zahlreiche Anfragen aus der Bevölkerung, der Presse und von Bürgerinitiativen zu diesen Themenkomplex und unterstützte Aktivitäten der Gruppen vor Ort.

Zu den genannten Schwerpunktthemen kamen weitere wie z.B. Gülletransporte und die anhaltend überhöhten Nitratwerte im Grundwasser hinzu, ebenso rückte der Komplex ‚Landwirtschaft und Klimaschutz‘ in den Fokus der Öffentlichkeit und bezog



A. Baumgartner, H. Fest

Obstwiesenschutz im BUND

Von der niederländischen Grenze bis hin nach Ostwestfalen engagieren sich fast 20 BUND-Gruppen in NRW im Streuobstwiesenschutz. Sie legen neue Obstwiesen an und pflanzen in alten Beständen junge Bäume nach; sie schneiden die Gehölze fachgerecht und ‚erziehen‘ sie beim Kronenaufbau; sie schützen die Bäume vor Verbiss, halten Baumscheiben offen, mähen die Wiesen oder lassen sie mit Schafen beweidet. Es gibt immer etwas zu tun! Sie kartieren Obstwiesen und erarbeiten Vorschläge, um die Flächen langfristig zu erhalten, bieten Schnittkurse und Führungen an, organisieren Sortenbestimmungen, Apfelfeste und Vorträge.

Herausragend sind die vielen Saftprojekte: Die BUND-Aktiven sammeln Jahr für Jahr tonnenweise Streuobststängel und richten zur Erntezeit Sammelstellen ein; dabei belohnen sie die Obstwiesenbesitzer mit einem höheren Preis als allgemein üblich und lassen die Früchte zehntausenden Flaschen naturtrüben Safts vermischen.

Die Arbeit macht Freude und zeigt Erfolge! Zahlreiche Obstwiesen konnten erhalten werden – und damit wertvoller Lebensraum für viele Tierarten. Insbesondere Vögel, Käfer, Schmetterlinge und Kleinsäuger profitieren von dem reichhaltigen Angebot an Höhlen, Blüten und herabfallenden Früchten. Das Bewusstsein für die vielen altbewährten regionalen Obstsorten wird gestärkt.

Sie möchten selber Obstbäume pflanzen?

Hinweise auf geeignete Sorten in Ihrer Region sowie eine Übersicht über die BUND-Streuobstprojekte in NRW finden Sie unter http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/landwirtschaft_gentechnik/obstwiesenschutz_streuobstvermarktung/



der BUND Stellung. Regelmäßig halfen wir auch interessierten BürgerInnen sowie unseren Mitgliedern bei ihren vielfältigen Anfragen und Anliegen weiter.

Mehr Infos: http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/landwirtschaft_gentechnik/nachwachsende_rohstoffe_biomasse/biomasse_energie_vom_acker/



Die umfassende BUND-Position 'Energetische Nutzung von Biomasse' setzt sich differenziert mit dem Thema auseinander.

Fazit und Ausblick

Mit fachpolitischen Stellungnahmen, fundierten Recherchen und markanten Aktionen mischt sich der BUND aktiv in die Agrarpolitik ein. Die vielfältigen Anfragen aus der Bevölkerung und den Medien weisen den BUND als kompetenten Ansprechpartner aus. Vor allem in Bereich Gentechnik können wir uns über das

bisher Erreichte freuen.

Zugleich stellt die Agro-Gentechnik in den nächsten Jahren eine der größten Herausforderungen im Themenfeld Landwirtschaft/Naturschutz dar: Die schwarz-gelbe Bundesregierung spricht sich für die Förderung des Gentech-Anbaus und explizit der Gen-Kartoffel Amflora aus, die Anfang März 2010 die EU-Zulassung für den Anbau für industrielle Anwendungen und als Futtermittel erhielt. Ebenso stehen Abstimmungen der EU über den Anbau neuer Genmais-Sorten vor der Tür. Das MON 810-Verbot in Deutschland bleibt zunächst in Kraft, könnte aber durch Neuzulassung der EU aufgehoben werden. Damit ist für nächstes Jahr ein erneuter Anbau auch in NRW zu befürchten. Neben der Abwehr des Anbaus gilt es vor allem, engagiert für das Label 'ohne Gentechnik' zu werben. Die Upländer Bauernmolkerei und seit kurzem auch Milchbauern aus Süddeutschland machen vor, wie gentechnikfreie Fütterung und höhere Milchpreise erfolgreich zusammengeführt und damit bäuerliche Betriebe und Grünland erhalten werden können.

Wir sind auf die bevorstehenden Auseinandersetzungen gut vorbereitet – und wissen hierbei den Großteil der VerbraucherInnen hinter uns, die genmanipulierte Lebensmittel strikt ablehnen! Gleiches gilt für den ungehemmten Ausbau von Tierfabriken. Zur Landtagswahl im Mai 2010 werden wir öffentlich eine Bilanz der Agrarpolitik von Minister Uhlenberg ziehen – und die KandidatInnen zu fragen, wo sie z.B. in Sachen Gentechnikfreiheit stehen.



Für biologische Vielfalt: Naturschutz im BUND

Die Vielfalt unserer Natur ist bedroht. 50 % aller heimischen Tier- und Pflanzenarten und ihre Lebensräume sind gefährdet. Die Landesregierung hat sich verpflichtet, die biologische Vielfalt zu erhalten. Doch Fakt ist: Das Artensterben geht weiter, eine Biodiversitätsstrategie existiert nicht, die Landesmittel für den Naturschutz wurden halbiert, die Ausweisung weiterer Nationalparke kommt nicht voran, das Landschaftsgesetz wurde ausgehöhlt. Eine ernüchternde Bilanz. Doch ohne den BUND sähe die Realität noch düsterer aus. Auch im vergangenen Jahr kämpften wir erfolgreich gegen zahlreiche Fehlentwicklungen und leisteten mit unseren Projekten ein unverzichtbaren Beitrag zum Natur- und Gewässerschutz.

Widerstand gegen Waldverkauf

Anlässlich des Internationalen Tag des Waldes am 21. März 2009 gründete sich ein breites Bündnis aus BUND, anderen Naturschutzgruppen, Heimat- und Wandervereinen, Forstleuten und Gewerkschaftlern, um gegen den Verkauf bedeutender Waldflächen in der Eifel zu protestieren. Etwa 2.700 Hektar des „ökologischen Tafelsilbers“ sollten zur Aufbesserung des Landeshaushaltes verkauft werden. 4.000 Protest-Unterschriften gegen den geplanten Waldverkauf wurden an Umweltminister Uhlenberg übergeben – letztendlich vergebens. Der Staatswald wurde für ca. 21 Millionen Euro verscherbelt und der BUND befürchtet, dass dieses Negativ-Beispiel nun Schule machen könnte. Wer seine Pflicht, den Staatswald zum Wohle der Allgemeinheit zu erhalten, derart missachtet, darf sich nicht wundern, wenn auch viele Kommunen sich immer häufiger ihrer Verantwortung für den Erhalt von Bäumen und Wäldern entziehen; eine fatale Entwicklung – angesichts des fortschreitenden Klimawandels.



BUND-Exkursion in die Eifel: Der Bundesarbeitskreis Wald informierte sich über den Staatswaldverkauf und andere Fehlentwicklungen. Fotos: BUND-Archiv, G. Altmann/pixelio

Waldpolitik auf dem Holzweg

Der massive Einfluss der Wirtschafts-Lobbyisten auf die derzeitige NRW-Landesregierung und auf viele Kommunen wirkt sich beim Wald- und Baumschutz besonders negativ aus. Die Verweigerung gegenüber naturschutzfachlichen Notwendigkeiten verhindert leider die Stabilisierung, Erhalt und Förderung artenreicher Bestände in unseren Wäldern und Städten.

Offensichtlich wird die wirtschafts-orientierte Gesinnung des NRW-Umweltministerium bei der Förderung von Umwandlungen von Wald und Ackerflächen in so genannte schnellwachsende

„Kurzumtriebs-Plantagen“(KUP). So wurde z. B. dem Energiekonzern RWE-Innogy im Sauerland erlaubt, ein ehemaliges „Kyrill“-Waldstück in eine KUP- Ackerfläche „umzuwandeln“ – mit besonders nachteiligen Folgen für die dortigen Waldböden und die Artenvielfalt. Nur mit solcherart Rückendeckung konnte RWE-Innogy ihre großdimensionierten Biomasse-Heizkraftwerke weiter ausbauen, wie im Kreis Siegen-Wittgenstein und im Rhein-Sieg-Kreis. Damit sich die kapitalintensiven Anlagen amortisieren, werden riesige Mengen an „Baum-Material“ benötigt – der Raubbau beginnt.

Der BUND ist für die Nutzung von „Restgehölzen“ zur Erzeugung von Wärme – allerdings nur, wenn sie in angemessenen Mengen, ohne Störung des Nährstoffkreislaufes der Böden und ausschließlich für regionale Bedarfe eingesetzt werden. Die Politik von RWE und Landesregierung laufen dem fundamental zuwider.

Umstrittene Parkautobahn

Ein weiterer Beleg für die fehlgeleitete Politik lieferte die NRW-Landesregierung mit ihrer Planung der „Parkautobahn A 42“ zwischen Duisburg und Dortmund. Im Eilverfahren hatten Planer des Verkehrsministeriums – mit Unterstützung des Umweltministers – aus der viel befahrenen Autobahn A 42 ein vermeintliches Highlight zu zaubern versucht. Anlass hierzu sind die 2010 stattfindenden Feierlichkeiten zur Kulturhauptstadt „Ruhr.2010“. Dort, wo entlang der Trasse jahrelang keinerlei Pflegemaßnahmen mehr stattgefunden hatten, sollte nach bereits vollzogenen massiven Kahlschlägen und Eingriffen in die trotz allem entstandene Artenvielfalt durch neue „landschaftsgestalterische Elemente“ das Image der A 42 aufgepoliert werden. Dabei spart man nicht an planerischen Luftnummern wie „Ohrenparks“, „Landschaftsfenster“ oder Parktankstellen“. Finanziert werden sollten Teile des Maßnahmenpakets ausgerechnet auch aus dem Naturschutzetat. Der BUND hatte das Umweltministerium mehrfach vergeblich ersucht, diese naturschutzfachlich unsinnigen und teuren Planungen zurückzunehmen. Der BUND wollte sich nicht länger als Naturschutz-Feigenblatt benutzen zu lassen, und stieg aus dem Beratungsgremium aus.

Dass es in Sachen öffentliches Grün noch etliche Defizite gibt, war auch zentrales Thema auf der von BUND und Natur- und Umweltschutz-Akademie (NUA) im Frühjahr 2009 initiierten Fachtagung „Klimawandel und das Öffentliche Grün“. Wegen des großen Erfolgs ist geplant, ab 2010 mehrere Workshops hierzu zu veranstalten.



**Tagpfauenauge
ist Schmetterling
des Jahres**

Das Tagpfauenauge (*Aglais io*) ist Schmetterling des Jahres 2009. Die Wahl erfolgte nicht zuletzt auch, um auf den fortschreitenden Klimawandel hinzuweisen: Denn das Tagpfauenauge bildet wegen der Klimaerwärmung inzwischen regelmäßig eine zweite Generation im Spätsommer aus. Früher kam dies in Deutschland nur in den wärmsten Regionen oder in sehr lang andauernden Sommern vor.

Schwarzbuch Wald

Für eine bundesweite große Resonanz sorgte das vom BUND im Herbst publizierte "Schwarzbuch Wald", in dem auch zwei Negativbeispiele aus NRW vorgestellt wurden: einmal der Staatswaldverkauf der Landesregierung in der Eifel und zum anderen mehrere skandalöse forstliche Kahlschläge des Landesbetriebs Wald und Holz NRW im Rhein-Sieg-Kreis. Für angeblich „hochwertige Naturschutz und Verkehrssicherungspflicht-Maßnahmen“ war dort großflächig gerodet worden.

Ursprünglich sollte ein in der Nähe gelegenes Biomasseheizkraftwerk des RWE mit den Restgehölzen bedient werden, was dann aber nicht umsetzbar war.

Die großen Augenflecken, die dem Pfauenauge seinen Namen gegeben haben, nutzt der Schmetterling als Schutz gegen seine Fressfeinde. Bei Gefahr klappt er die Flügel ruckartig auseinander und zeigt seine Flügeloberseiten mit den Augen. Dem Fressfeind wird so vorgegaukelt, ein großes Tier schaue ihn an. Im Ruhezustand klappt der Schmetterling die Flügel zusammen und sieht aus wie ein trockenes Blatt.

Pfauenaugen gehören zu den häufigsten Tag-schmetterlingen in Deutschland und sind mit Ausnahme des hohen Nordens in ganz Europa und Asien beheimatet. Ebenso wie viele andere Falter ernähren sich die Raupen von Brennnesseln. Schmetterlingsliebhaber sollten deshalb in ihrem Garten immer einige dieser Pflanzen stehen lassen.

Dem Tagpfauenauge droht eine besondere Gefahr durch Bt-Mais, der einzigen gentechnisch veränderten Pflanze, die derzeit in Deutschland kommerziell angebaut wird. Einer Studie zufolge starben etwa 20 Prozent der Schmetterlingsraupen, nachdem sie Brennnesselblätter mit Maispollen in typischer Konzentration, wie sie an Feldrändern auftritt, gefressen hatten.

Der Schmetterling des Jahres wird seit 2003 gemeinsam von der BUND NRW Naturschutzstiftung und der Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen e.V. gewählt.

Mehr Infos: www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de

Gewerbegebiet contra Biber-Biotop

Der Tweestrom genannte Altrheinarm in Kleve ist für den Naturschutz von großer Bedeutung. Er ist nicht nur Lebensraum des seltenen Bibers sondern gleichfalls Teil einer wichtigen Biotopverbundachse. Zur Erweiterung eines Gewerbebetriebs sollte er auf einer Länge von 400 m zugeschüttet werden. Ein Unding, zumal die Genehmigung gegen zahlreiche gesetzliche Vorgaben



Der seltene Biber wird am Tweestrom von einem Gewerbegebiet bedroht. Der BUND klagt dagegen.

Foto: J. Bredhorn/pixelio

verstößt. Deshalb hat der BUND - unterstützt vom NABU - im Frühjahr 2009 Klage gegen den Kreis Kleve eingereicht und die Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses beantragt. Eine Entscheidung über die Klage steht bis heute aus.

Neben dem Biber werden auch der Eisvogel, zahlreiche Amphibien und seltene Fischarten wie Steinbeißer, Groppe und Bitterling durch die Planung gefährdet. Dazu stellt der Tweestrom die einzige Verbindung zwischen europarechtlich geschützten FFH-Gebieten dar. Als Ausgleich für diesen gravierenden Eingriff sieht der Planfeststellungsbeschluss lediglich einen Entwässerungsgraben vor, der nach Ansicht des BUND keine der erforderlichen ökologischen Funktionen erfüllen kann. Die Ignoranz der Behörden gipfelte dabei in der Feststellung, dass die Beseitigung eines Gewässers keine Verschlechterung des Gewässerzustandes darstelle, da das Gewässer schließlich nicht mehr existiere.

Der BUND ist optimistisch, dass es dank der großartigen Unterstützung durch die Klever UmweltschützerInnen von BUND und NABU gelingen wird, diesen Planungsirrsinn zu Lasten der Natur zu korrigieren.

BUND sichert Bornheimer Biotop

Nach jahrzehntelangen Bemühungen der lokalen UmweltschützerInnen, den Abbau von Quarzkies zu stoppen und die Folgenutzung als Mülldeponie zu verhindern, rückt nun der dauerhafte Schutz der Quarzsandgrube Brenig in Bornheim näher. Neben den Mitteln aus dem bundesweiten BUND-Spendenmailing steht nun auch die finanzielle Unterstützung durch die Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege fest. Mit dem geplanten Ankauf kann das gefährdete ökologische Kleinod dauerhaft gesichert werden.

Auf dem weitläufigen ehemaligen Sand- und Kiesgrubengelände haben die Bagger Abgrabungsflächen mit gleißend weißen Sandhalden hinterlassen. Geprägt von einem vielfältigen Mosaik verschiedener Biotope aus Eichen und Zitterpappeln, Heidekraut und Ginsterbüschen, Teichen und Tümpeln, bietet das einstige Abgrabungsgelände einer Vielzahl bedrohter Vogel- und Amphibienarten wichtige Nischen zum Überleben.

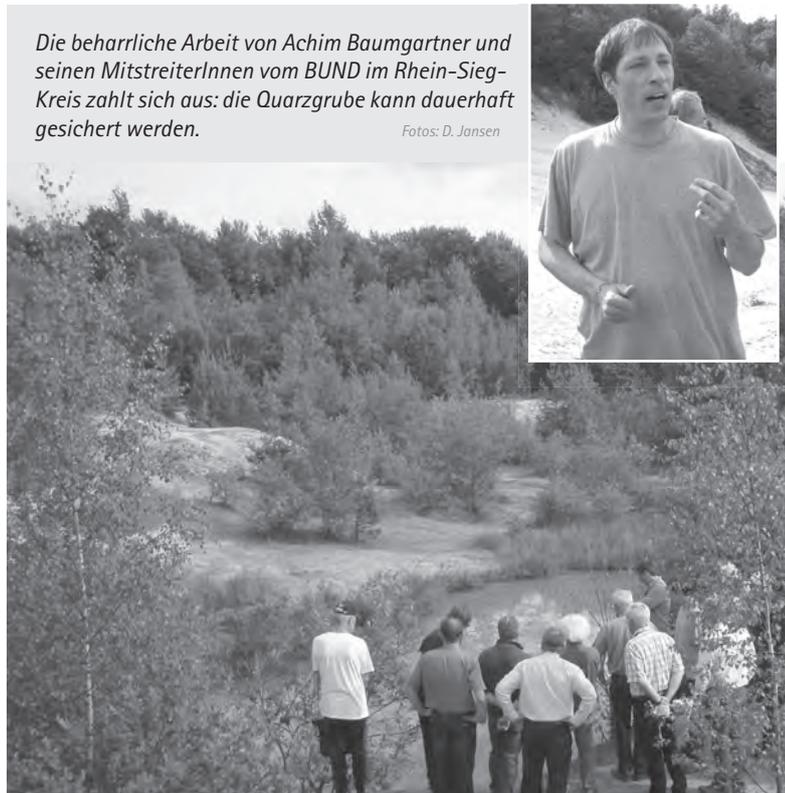
Einige dieser Tierarten haben sich bereits angesiedelt: Schwarzkehlchen, Steinschmätzer und Dorngrasmücke haben hier ebenso einen Platz gefunden wie die seltene Wechselkröte und der Springfrosch. Um diese Lebensräume auf Dauer zu erhalten, müssen sie jedoch entsprechend gepflegt und das Nahrungsangebot erweitert werden. Das 30 Hektar große Areal ist seit Jahren verwaist, ehemalige Baubaracken sind zu Ruinen verkommen.

Wenn BUND-Aktive das Areal von Müll befreit, die Baubaracken abgerissen und weitere Teiche angelegt haben, wird das Blütenangebot wachsen und Bienenfresser sowie andere streng geschützte Vogelarten können neben Brutplätzen hier auch genug Insekten finden. Ein Zaun um die bisher für die Öffentlichkeit zugängliche „Dünenlandschaft“ sollen die brütenden Vögel vor Störungen schützen. Mit einem Naturerlebnispfad und geführten Exkursionen soll das sensible Gelände zukünftig auch kontrolliert zugänglich gemacht werden.

Mehr Infos: www.bund.net/bundnet/spenden/unsere_projekte/refugium_fuer_bienenfresser/

Die beharrliche Arbeit von Achim Baumgartner und seinen MitstreiterInnen vom BUND im Rhein-Sieg-Kreis zahlt sich aus: die Quarzgrube kann dauerhaft gesichert werden.

Fotos: D. Jansen



Noch lebt die Sürther Aue – Godorfer Hafenausbau vorerst gestoppt!

Ein unglaubliches Wechselbad der Gefühle erlebten die Bürgerinnen und Bürger, die sich auch 2009 im Kölner Süden in der Aktionsgemeinschaft zum Erhalt der Sürther Aue engagierten: Zuerst wurde die Aue ge-



Gemeinsam mit der Aktionsgemeinschaft Contra Erweiterung Godorfer Hafen kämpft der BUND für den Erhalt der Sürther Aue. Foto: Aktionsgemeinschaft

rodet und nahezu zerstört, dann erfolgte – begleitet von heftigen Demonstrationen – der erste Spatenstich zum Ausbau des Godorfer Hafens, der Untergang schien besiegelt. Dann aber, Anfang September gab das Kölner Verwaltungsgericht der Klage zweier Anwohner statt und erklärte den Bebauungsplan für den Hafenausbau für ungültig. Damit galt ein Baustopp, der bis dahin weder über Protestaktionen, Eingaben an den Umweltminister, den Regierungspräsidenten und auch nicht durch politische Anträge im Kölner Stadtrat erreicht werden konnte. Mittendrin, bei nahezu allen Aktionen, Demonstrationen und Bürgerfesten, bei politischen Debatten und Kämpfen waren die lokalen Akteure des BUND und der Landesvorsitzende zu finden, für die der Kampf um den Erhalt der Sürther Aue zur Herzensangelegenheit geworden ist.

Nachdem die Rodung anfangs durch mutige Aktivis-

ten, auch aus Reihen des BUND, die sich den Baggern in den Weg stellten, verzögert werden konnte, wurde das hermetisch abgeriegelte und eingezäunte Gelände einige Tage später unter erheblichem Polizeischutz unter Einsatz von Kettensägen und großem Gerät abgeräumt. Die Wogen der Empörung schlugen hoch, zahlreiche Bürger brachten ihren Zorn bei Mahnwachen und Protestaktionen vor Ort, lautstarken Demonstrationen vor jeder Ratssitzung oder dem Gebäude der Hafengesellschaft, in Leserbriefen und anderen Aktionen zum Ausdruck. Der erste Spatenstich Ende Mai wurde zum regelrechten Skandal. Unter großem Polizeiaufgebot wurden die protestierenden Bürger ausgesperrt. Der Landesvorsitzende des BUND wurde durch Sicherheitskräfte an einer Protestaktion im Pressezelt gehindert

Die BILD Zeitung schrieb von „Kölns peinlichster Grundsteinlegung“, Kommentatoren regionaler und überregionaler Zeitungen ordneten den Ausbau des Godorfer Hafens zu Recht in das Skandalgeflecht der desaströsen Kölner Kommunalpolitik ein, die sich in Korruption (MVA), Klüngel und Geldvernichtung (Messehallenvergabe), Versagen und Schlamperei (U-Bahnbau und Einsturz Stadtarchiv) bemerkbar macht.

Nachdem ruchbar wurde, dass es erhebliche Verunreinigungen durch undichte Rohrleitungen der Chemieindustrie auf dem Hafengelände gegeben hatte, erstattete der BUND im Mai des Jahres Strafanzeige wegen des Verdachts auf Boden- und Wasserverschmutzungen. Trotz Nachfrage bei der Kölner Bezirksregierung gibt es bis heute keine Klarheit über das Ausmaß aktueller und früherer Belastungen, da die Beteiligten sich außerordentlich schwer tun, entsprechende Auskünfte zu geben. Der BUND bleibt dran und wird alle Register ziehen, um die Fakten auf den Tisch zu bekommen.

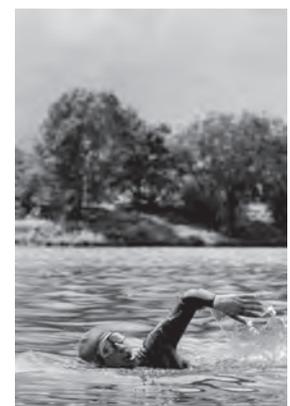
Obwohl im Niehler Hafen ausreichend Kapazitäten vorhanden sind und trotz eines massiven Einbruchs des Containerumschlages hält die schwarz-rote Mehrheit im Kölner Stadtrat an dem Projekt fest. Damit sind weitere Proteste und Aktionen vorprogrammiert. Es bleibt also spannend...

Mehr Informationen: www.suerther-ae-retten.de

Die Lee(h)re der Flüsse

Eine eindrucksvolle Aktion führte im Juni der Poet und Musiker Heinz Ratz mit und für den BUND durch. Im Rahmen seiner Aktion „Die Lee(h)re der Flüsse“ schwamm er vom Godorfer Hafen den Rhein hinunter bis zum Rheinau-Hafen, vor das Gebäude der Hafengesellschaft, begleitet zu Lande und zu Wasser von BUNDlern und der Aktionsgemeinschaft, um auf die Verschandelung und Niedergang von Deutschlands Flüsse zu protestieren. Abends gab er ein kostenloses Konzert im „Underground“ und sammelte Spenden für die Naturschutzarbeit des BUND.

Mehr Infos: www.flussprojekt.de



Linn Marx/www.linnmarx.com



Kormorane an der Sieg. Foto: H. Fest/BUND RSK

BUND rettet Kormorane

Kormorane dürfen weder im Vogel- und Naturschutzgebiet Weseraue noch an der Sieg getötet werden. Das ist das Ergebnis zweier vom BUND in 2009 durchgeführten vielbeachteten Verwaltungsgerichtsentscheidungen.

Grundsätzlich verbieten zwar sowohl artenschutz- als auch landschaftsschutzrechtliche Vorschriften die Tötung und Störung von Kormoranen als besonders geschützte Art. Ein Erlass des NRW-Umweltministerium erlaubte allerdings unter bestimmten Voraussetzungen den Abschuss der geschützten Vogelart – selbst in Vogelschutzgebieten. Diesen Erlass machten sich die Fischereigenossenschaften zunutze, um den bei Anglern als Konkurrent gefürchteten Wasservogel zu dezimieren.

Die aus den beantragten Ausnahmegenehmigungen und dem folgenden Rechtsstreit resultierenden Urteile sind ein Meilenstein des Artenschutzes und eine herbe Niederlage der Angler- und Jägerlobby.

Grundsätzlich forderten die Verwaltungsgerichte in ihren Entscheidungen einen ausreichenden wissenschaftlich gestützten Nachweis, dass Kormorane den Rückgang von Fischarten im konkreten Gebiet bewirken. Zudem bezweifelten die Richter, ob ein Verlust an Fischen durch den Kormoran wirklich unzumutbar sei. Ferner kritisierten die Richter, dass nicht sichergestellt werden könnte, dass nicht auch andere im Vogelschutzgebiet ansässige Vogelarten durch eine Bejagung zu Schaden kämen. Auch sei der Nachweis der Unwirksamkeit von Maßnahmen zur Verringerung des Kormoranbestandes außerhalb des Schutzgebietes nicht erbracht worden. Insofern könne nicht davon ausgegangen werden, dass der von der Klägerin geplante Abschuss bzw. die Vertreibung durch Laser die einzige Möglichkeit sei, um den Kormoranbestand zu regulieren.

Als Brutvogel kommt der Kormoran in Nordrhein-Westfalen vor allem im Tiefland im Einzugsbereich von Rhein, Ruhr und Lippe vor. Durch Jagdverschonung und günstige Umweltbedingungen brütet er seit 1986 wieder in Nordrhein-Westfalen. Seitdem ist die Brutpaarzahl kontinuierlich angestiegen. Im Jahr 2006 wurden etwa 1000 Brutpaare ermittelt.

Nationalpark Siebengebirge (vorerst) gescheitert

Einen Nationalpark Siebengebirge wird es vorerst nicht geben. Am 27. September haben die Wählerinnen und Wähler von Bad Honnef ihrer Stadt per Bürgerentscheid die weitere Teilnahme am Nationalparkprozess untersagt. 61,1 % Prozent der Abstimmenden hatten gegen den Nationalpark votiert. Da die Landesregierung ihr weiteres Engagement für einen Nationalpark Siebengebirge vom Ausgang des Bürgerentscheides in Bad Honnef abhängig gemacht hatte, wurden die Planungen für den Nationalpark nach fast zwei Jahren Vorbereitung umgehend eingestellt. Der BUND hatte sich nachdrücklich für einen gut gemachten Nationalpark eingesetzt. Entsprechend groß war die Ernüchterung.

Gemeinsam mit der Kreisgruppe Rhein-Sieg hatte der Landesverband das Projekt gemäß dem Auftrag der Landesdelegiertenversammlung 2008 kritisch-konstruktiv begleitet und in zahllosen Arbeitsgruppensitzungen, Stellungnahmen und Gesprächen deutliche Verbesserungen zugunsten des Naturschutzes beim Wegekonzept, der Trägerstruktur und dem Biotopverbund bewirken können. Im Vorfeld des Bürgerentscheides hatte der BUND gemeinsam mit dem Bürgerverein Nationalpark Siebengebirge e.V. und dem Verschönerungsverein für das Siebengebirge eine breit angelegte Kampagne mit Großplakaten, Anzeigen, Hauswurfsendungen, Broschüren, Infoständen und Veranstaltungen für den Nationalpark gestartet. Die Ängste der Menschen vor Ort, die zusätzliche Einschränkungen bei der Erholungs- und



Trotz der Unterstützung durch den BUND-Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Hubert Weiger (2. v.l.) ist der Nationalpark Siebengebirge vorerst am Bürgerwillen gescheitert.

Foto: D. Jansen

Freizeitnutzung sowie stark zunehmenden Fremdenverkehr befürchteten, konnten mit Sachargumenten aber offenbar nicht überwunden werden.

Es liegt nun an allen Beteiligten, das begonnene Engagement für das Siebengebirge fortzusetzen und die neu gewonnenen Allianzen mit anderen Vereinen auszubauen, um den Natur- und FFH-Schutz im Siebengebirge durchzusetzen.

Teile des Siebengebirges als Nationales Naturmonument auszuweisen, bringt dagegen keinen naturschutzfachlichen Mehrwert für das Gebiet. Denn für das Naturmonument sieht das neue Bundesnaturschutzgesetz weder einen besonderen Schutzzinhalte vor, noch hält der Bundesgesetzgeber das Instrument für so große Gebiete wie das Siebengebirge für geeignet. In der Erläuterung zum neuen Gesetz ist für das Nationale Naturmonument explizit von Gebieten im Bereich um 5 Hektar, also von kleinflächigen Schutzobjekten, die Rede.

Der Nationalpark Siebengebirge war eine historische Chance. Er hätte Antworten geben können, wie im dicht besiedelten Deutschland weitere Schutzgebiete, in denen die Natur sich überwiegend selbst überlassen bleibt, realisierbar sind. Gerade Nationalparke – immerhin die höchste Naturschutzkategorie – könnten im nationalen Biotopverbund eine herausgehobene Rolle spielen. So bleibt der Nationalpark Eifel vorerst der erste und einzige in NRW.



Mehr Infos: http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/naturschutz/themen/nationalpark_siebengebirge/

Orchideenschutz im BUND

Seit mehr als 25 Jahren haben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Arbeitskreises Heimische Orchideen (AHO) dem Schutz und der Erhaltung der etwa 45 in NRW wild wachsenden Orchideenarten verschrieben.

Etwa 300 Personen sind landesweit in der einen oder anderen Form derzeit dabei. Zahlreiche Kartierer sind in ihrem Kreis oder in ihrer Gemeinde aktiv, um die Pflanzen-Bestände und den Zustand der Lebensräume zu erfassen. Hieraus werden Verbreitungsübersichten erarbeitet, die – regelmäßig aktualisiert – die Entwicklungstendenzen für die einzelnen Arten aufzeigen und Handlungsbedarf zum Biotoperhalt oder zur optimalen Lebensraumentwicklung deutlich machen. Zusammen mit Unteren Landschaftsbehörden, Biostationen und weiteren lokalen Naturschutzgruppen wird versucht, vor Ort die Orchideenlebensräume durch geeignete, mit den anderen Beteiligten abgestimmte Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen zu erhalten bzw. zu verbessern. Davon profitieren nicht nur die Orchideen, sondern alle Tiere und Pflanzen, welche die häufig hochgradig gefährdeten, nährstoffarmen Orchideenbiotope (u.a. Magerrasen, Feuchtwiesen, Flachmoore und wärmeliebende Gebüsche und Wälder) besiedeln. Orchideenschutz ist also Biotopschutz, heimische Orchideen dienen häufig als „Leuchtturmarten“ für wertvolle, artenreiche Lebensräume.

Mehrere regionale Arbeitsgruppen kümmern sich in der Eifel, in Ostwestfalen, in der Kölner Bucht, aber auch lokal u.a. im Raum Haan und Bergkamen um die Pflege-Einsätze. Hinzu kommen zahlreiche, gut besuchte Biotoperkundungs- und Kartierungs-Exkursionen, öffentliche Vortragsveranstaltungen, Mitarbeitertreffen und die Teilnahme an den jährlichen, bundesweiten Treffen aller deutschen AHOs bei Eisenach. Aktuell ist der AHO mit in die Überarbeitung und Neuauflage der Roten Liste (Pflanzen) für NRW eingebunden.

Mehr Informationen: www.AHO-NRW.de



Biotop-Pflegemaßnahme des AHO-Regionalgruppe Eifel im Herbst 2009 in einem Kalk-Flachmoor im Kreis Euskirchen. Das Dreizählige Knabenkraut (*Orchis tridentata*), gefunden auf einer Kartierungs-Exkursion im Raum Marsberg im Mai 2009.

Fotos: W. Kuhn, B. Margenburg

Alles im Fluss?

- Gewässerschutz bleibt mühsam

Fließgewässer und ihre Auen sind Lebensadern der Biodiversität in unserer Landschaft. Doch aktuell verfehlen mindestens 90 Prozent der Bäche und Flüsse in NRW den guten ökologischen Zustand. In den meisten Fällen sind ihre Auen dem intensiven Ausbau und der Nutzung zum Opfer gefallen. Heute ist die Fauna und Flora vieler Gewässer ebenso monoton wie ihr kanalisiertes Aussehen. Um weitere Verschlechterungen zu vermeiden, setzt sich der BUND dafür ein, landesweit mit der Renaturierung der Gewässer zu beginnen. Dass Ausnahmen und Fristverlängerungen bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie zur Regel werden, ist nicht akzeptabel.

Zur Verbesserung unserer Fließgewässer gehört aber auch der Schutz unserer Grundwasservorräte. Auf mehr als 30 Prozent der Landesfläche werden die Grenzwerte für Nitrat im Wasser deutlich überschritten. Über Quellen, Drainagen und diffuse Zuflüsse gelangen die Nährstoffe in unsere Flüsse und führen schließlich zur Überdüngung der Nordsee. Änderungen sind nur zu erwarten, wenn der Düngemitelesatz wirksam beschränkt und der Ökolandbau deutlich ausgeweitet wird.

Gewässerschutz bleibt beim BUND ganz oben auf der Agenda. Entscheidende Impulse erhält die Arbeit dabei durch das *Wassernetz NRW*, ein Gemeinschaftsprojekt von BUND, LNU und NABU. Wir sind optimistisch, dieses erfolgreiche Projekt mit Hilfe der Förderung durch das Umweltministerium NRW auch in den nächsten Jahren fortführen zu können.

Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie – unverzüglich?

Im Zentrum der Aktivitäten rund um die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie stand 2009 die endgültige Verabschiedung der Bewirtschaftungspläne. Dazu waren in der ersten Jahreshälfte die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, ihre Stellungnahme zu den umfangreichen Dokumenten abzugeben. Für die Naturschutzverbände hat das *Wassernetz NRW* dank der intensiven Unterstützung vieler BUND-Mitglieder auf mehr als 100 Seiten eine detaillierte Bewertung der vorgelegten Dokumente präsentiert. Darunter sind viele Hinweise, die belegen, dass für eine richtlinienkonforme Umsetzung noch viele Nachbesserungen erforderlich sind. Trotzdem hat die Landesregierung ihren ursprünglichen Entwurf fast vollständig beibehalten und im Landtag verabschiedet. Die Antworten auf unsere Stellungnahme stehen hingegen auch im Februar 2010 noch aus.

Gleichzeitig wurde die Umsetzung der Maßnahmenprogramme weiter auf die lange Bank geschoben. Denn



Landesweit setzt sich der BUND für naturnahe Flüsse ein – wie hier an der Ösper.

Foto: BUND Minden-Lübbecke

der nächste Schritt soll aus der Gründung lokaler Kooperationen bestehen, die bis 2012 so genannte Umsetzungsfahrpläne festlegen sollen. Hier droht neue Gefahr für den Gewässerschutz, denn insbesondere Kommunen und Kreise werden unter Verweis auf die Haushaltslage viele Maßnahmen erneut in Frage stellen und einer langatmigen Diskussion unterwerfen. Auch die Naturschutzverbände sollen an diesen Kooperationen beteiligt werden, ob und in welcher Form dies sein wird, ist jedoch bis jetzt nicht deutlich zu erkennen.

Neues Wasserrecht – ungenügend?

Nachdem die Bemühungen der Bundesregierung für ein allgemeines Umweltgesetzbuch gescheitert waren, sind mit dem Bundesnaturschutzgesetz und dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG) wenigstens zwei Rechtsbereiche bundesweit geregelt worden. Die Gesetze traten am 1.3.2010 in Kraft und lösten damit die bisherigen Landesgesetze ab. Trotzdem bleibt den Bundesländern

ein Schlupfloch, denn für viele Bereiche ist es möglich, abweichende Regelungen festzulegen.

Auch NRW wird von dieser Möglichkeit Gebrauch machen und hat dabei keineswegs eine Verbesserung der schwachen Kompromisslösung der Bundesregierung im Sinn. Vielmehr sind auch bei uns weitergehende Abschwächungen geplant. So hat nach wie vor der schadlose Abfluss des Wassers Vorrang vor der Entwicklung der Bäche und Flüsse als funktionsfähige Lebensadern. So bleiben die geforderten Gewässerrandstreifen mit einer Maximalbreite von fünf Metern noch hinter den bislang geltenden Vorgaben zurück.

Spurenstoffe – ungefährlich?

Die Behörden in NRW weisen gerne darauf hin, dass die meisten Gewässer in NRW die Anforderungen an einen guten chemischen Zustand erfüllen. Trotzdem kommt es immer wieder zu Meldungen über Giftfunde in unseren Gewässern. Allein 2009 wurde in 30 Fällen Rheinalarm ausgelöst (http://www.lanuv.nrw.de/umwelt/stoerfaelle/rheinalarm_2009.htm). Auch die PFT-Belastungen waren nicht nur ein politisches Thema sondern sind immer noch nicht komplett ausgeräumt.

Klar ist, dass es nach wie vor Probleme mit chemischen Verunreinigungen in unseren Gewässern gibt. In vielen Fällen sind es Stoffe, die nur in schwer nachweisbaren Konzentrationen – eben Spuren – vorkommen und über Reinigungsmittel, Medikamente oder andere Wege in die Gewässer gelangen. Aber auch absichtliche Einleitungen und Unfälle sind nach wie vor an der Tagesordnung. Erkennbar sind sie aber nur da, wo auch regelmäßig und intensiv überwacht wird. Der BUND fordert daher, dass solche Verunreinigungen schon an der Quelle bekämpft werden müssen. Ziel muss es sein, dass alle künstlichen und gefährlichen Stoffe aus unseren Gewässern verbannt werden.



Noch weit von einem naturnahen Zustand entfernt: die Berkel.

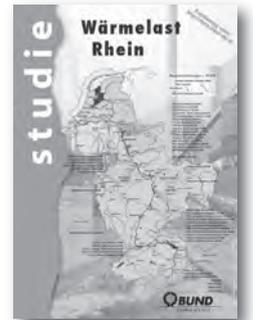
Foto: C. Aschemeier

Rheinerwärmung – ungebremst?

Die Temperatur des Rheins an der deutsch-niederländischen Grenze liegt um bis zu 3,5 °C über dem natürlichen Niveau. Das ist das alarmierende Ergebnis einer BUND-Studie zu den Wärmelasten des Rheins und seiner Nebengewässer. Zwei Grad dieser Temperaturerhöhung resultieren aus den Abwärmeeinleitungen – überwiegend aus Kraftwerken – entlang des Rheins und seiner Nebenflüsse, ein Grad ist auf den Klimawandel zurückzuführen. Wird diese Entwicklung nicht umgekehrt, droht das Aussterben wichtiger Fischarten wie Lachs, Maifisch und Aal, so das BUND-Fazit.

Trotz dieser alarmierenden Entwicklung handeln die Behörden nicht. Der BUND forderte Umweltminister Eckhard Uhlenberg daher auf, sich massiv in Berlin für die seit den 1980er Jahren diskutierte Abwärmeabgabe einzusetzen. Gemäß der BUND-Studie trägt Nordrhein-Westfalen mit einem Drittel (5.736 MW) zur Erwärmung des Rheins durch Abwärme bei; der Anteil der Kraftwerke liegt in NRW bei 66 %.

Die BUND-Studie „Wärmelast Rhein“ steht unter http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/wasser/waermelast_rhein/ als Download zur Verfügung.



Gülleimporte – unkontrollierbar?

Entlang der Grenze zu den Niederlanden und Belgien weisen die Grundwasserkörper wie auch die Bäche und Flüsse besonders hohe Nitratgehalte auf. Kein Wunder, wird hier doch intensiv gedüngt. Ein nicht unerheblicher Teil der Gülle kommt dabei aus den Nachbarstaaten und wird oft bei Nacht und Nebel nach Nordrhein-Westfalen importiert. Grund genug für den BUND, einmal konkret im Umweltministerium nachzufragen. Die erste Antwort: „Die aktuellen Gesetze sehen keine Mengenkontrolle vor, lediglich Vorschriften zur Tierseuchenhygiene müssen beachtet werden.“ Bereits kurz nachdem der BUND auf die Missstände aufmerksam gemacht hat, reagierten die Landesbehörden. Das Landesamt für Natur und Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) hat am 19. Dezember in einer Pressemitteilung ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Importe von Gülle und Gärsubstraten auf den Niederlanden und Belgien genehmigungspflichtig sind. Es bleibt allerdings unklar, in welchen Fällen eine solche Genehmigung versagt wird und vor allem wie eine Kontrolle erfolgen soll. Die Wasser- und Agrarexperten des BUND werden sich daher weiter dieses Themas annehmen und von der Landesregierung klare Regelungen einfordern.

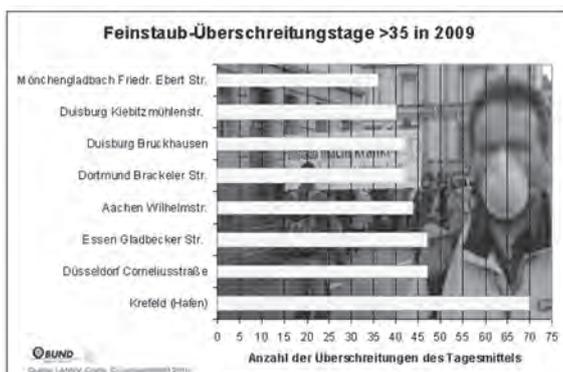
Feinstaub, Giftgas, Müll- BUND befürchtet Ökodumping

Die schwarz-gelbe Landesregierung war 2005 angetreten, den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen zu stärken, Bürokratie abzubauen und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Das Resultat ist deutlich: Der Störfall scheint zum Normalfall geworden zu sein, die Abfallimporte boomen, die hohen Ansprüche an die Luftreinhaltung wurden sukzessive zurückgefahren. Doch die Bürgerinnen und Bürger lassen sich das nicht widerstandslos gefallen. Eine ganze Region macht weiter gegen die BAYER-Giftgas-Pipeline mobil, weitere Luftreinhaltepläne inklusive Umweltzonen traten in Kraft. Wichtige Erfolge, die auch dank vieler ehrenamtlich im BUND engagierter Menschen zustande kamen.

Saubere Luft an Rhein und Ruhr?

Nach der Auswertung Landesumweltamtes ist die Anzahl der Überschreitungstage des Feinstaub-Grenzwertes in 2009 weiter gesunken. Trotzdem bleibt die Luftreinhaltung ein nach wie vor brisantes Problem: In sieben Kommunen können die gesetzlichen Feinstaub-Grenzwerte trotz der Aufstellung von Aktions- und Luftreinhalteplänen noch immer nicht eingehalten werden. Spitzenreiter in 2009 ist Krefeld, wo im Hafen 70 Überschreitungen des Tagesmittels von $50 \mu\text{g m}^3$ registriert wurden. Maximal zulässig sind 35 Überschreitungen pro Kalenderjahr. Aber auch in Duisburg, Düsseldorf, Dortmund und Essen bleibt die Belastung trotz Einführung von Umweltzonen zu hoch.

Dazu kommt, dass seit dem 1. Januar 2010 auch für das ebenso gesundheitsschädliche Stickstoffdioxid (NO_2) neue Grenzwerte gelten. Anders als beim Feinstaub, wo meistens die regionale Hintergrundbelastung dominiert, ist der Verkehr mit weitem Abstand Hauptverursacher der NO_2 -Belastung. Der BUND hält deshalb die Ausweitung der Umweltzonen, den Wegfall von Ausnahmeregelungen und Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung und -verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger nach wie vor für unverzichtbar. Dafür setzt sich der BUND auch weiterhin in den Projektgruppen für die Luftreinhalteplanung bei den Bezirksregierungen ein.



Aber auch die Hintergrund-Belastung muss konsequenter angegangen werden. Jedes neue Kohlekraftwerk wird die Situation verschärfen. Auch Braunkohlentagebau und Steinbrüche wie z.B. in Warstein sorgen für hohe Belastungen.

Dass restriktives Handeln nach wie vor geboten ist, zeigen aktuelle Untersuchungen. Im Rahmen des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit Nordrhein-Westfalen wurde mit einem methodisch neuen Ansatz untersucht, wie hoch die Zahl der Menschen ist, die einer bestimmten Immissionskonzentration von Feinstaub (PM_{10}) und Stickstoffdioxid gegenüber exponiert ist. Die Gebiete der Luftreinhaltepläne Ruhrgebiet und Düsseldorf wurden einer Betroffenenanalyse unterzogen. Ergebnis: Wegen der hohen Feinstaub-Belastung sterben in NRW jährlich etwa 12.600 Menschen vorzeitig. Rechnerisch ist dies mit einem Verlust an Lebenserwartung in Höhe von 166 Tagen verbunden. Dazu kommen die Krankheits- und Todesfälle durch Stickstoffdioxid. In Düsseldorf sterben so z.B. jährlich allein 128 Frauen an den verkehrsbedingten Zusatzbelastungen durch NO_2 (Ruhrgebiet: 180).

Fazit: Feinstaub und Stickstoffdioxid sind eine tödliche Gefahr. Trotzdem schieben die Verantwortlichen die notwendigen Lösungen auf die lange Bank. Umweltminister Uhlenberg beantragte bei der EU für alle betroffenen Gebiete und Ballungsräume Ausnahmeregelungen, die auch größtenteils notifiziert wurden. Jetzt müssen die strengen Grenzwerte erst im Juni 2011 eingehalten werden. Der Schutz der Bevölkerung wird also wieder einmal vernachlässigt.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/immissionsschutz_chemie/luftreinhalteplanung/



D. Jansen

BAYER guckt in die Röhre

Der von BAYER geplante Bau einer Kohlenmonoxid-Pipeline zwischen den Chemieparken in Krefeld-Uerdingen und Dormagen sorgt bis heute für Schlagzeilen. Eigentlich sollte die Giftgas-Leitung schon Ende 2007 im Betrieb gehen – wenn es nur nach BAYER, der Bezirksregierung Düsseldorf und den Landtagsfraktionen von CDU, FDP und SPD ginge. Doch das Verwaltungsgericht Düsseldorf stoppte die vorzeitige Inbetriebnahme dieser CO-Giftröhre auf Jahre.

Schon Mitte 2007 hatten der BUND, private Kläger und die Bürgerinitiativen auf schwere Mängel beim Bau der Pipeline in Anzeigen an die Bezirksregierung hingewiesen. Mitte August 2007 forderte der BUND die Landes- und Bezirksregierung auf, BAYER das Projekt zu entziehen. Doch nichts passierte. Im September 2008 wurde in einer Dokumentation für den Landtag bildhaft belegt: Die von BAYER beauftragten Baufirmen scherten sich nicht um die technischen Regeln. Selbst Erklärungen der BAYER-Riege, dass man auch weiter nach „eigenen“ Regeln bauen wolle, brachte die Landtagsmehrheit nicht zum Umdenken. Obwohl bereits im Sommer 2007

betriebsnahme der bereits weitgehend fertig gestellten CO-Pipeline ab. Damit bleibt deren Betrieb weiterhin untersagt.

Der juristische Etappensieg ist auch für Dieter Donner, Mitglied im Vorstand der BUND-Regionalgruppe Düsseldorf und Pressekoordinator der Initiative Stopp Bayer-CO-Pipeline, ein großer Erfolg. Der gemeinsame Widerstand einer ganzen Region zahlt sich aus. In der Politik ist das noch nicht richtig angekommen. Die Landespolitiker von CDU, SPD und FDP unterstützen die Giftgas-Leitung weiterhin und wollen sie als industriepolitisches Signal durchboxen. Allein die Grünen bewerteten die Pipeline korrekt als Sicherheitsrisiko.

Der Widerstand wird auch in 2010 mit unvermindertem Einsatz fortgeführt. Fast 110.000 Menschen haben sich der Forderung nach sofortigen Stopp der Kohlenmonoxidleitung angeschlossen – und es werden täglich mehr. Dass – wie Ende Juli 2009 bekannt wurde – im Vorfeld des Pipeline-Baus keine vollständige Kampfmitteleinsparung durchgeführt und unzulässige Baumaterialien eingesetzt wurden, wird den Widerstand gegen die Skandal-Röhre weiter anheizen.

Mehr Infos: www.stopp-co-pipeline.de



Ob mit Sachargumenten im Landtag oder bei der Demonstration vor dem Parlament: Der Widerstand gegen die BAYER-Giftgas-Pipeline bleibt massiv.

Fotos: D. Jansen

bekannt wurde, dass BAYER seit Beginn nur 60 statt wie vorgesehen 80 cm breite Schutzmatte einbaute, tat sich nichts. Auch die eigenmächtige Verlegung von dünneren Rohren, schon Ende 2007 aktenkundig, hatte nicht etwa einen Baustopp zur Folge. Dabei hatte das Oberverwaltungsgericht (OVG) schon im Dezember 2007 in einem Eilverfahren zwar den Weiterbau genehmigt, den Betrieb der Leitung aber als zu gefährlich untersagt.

Etliche Planergänzungen und Änderungsanträge folgten, die Anfang März 2009 seitens der Bezirksregierung vorgeblich „ergebnisoffen“ geprüft und schließlich abgenickt wurden. Trotz des gegenteiligen OVG-Beschlusses versuchte BAYER daraufhin, die Pipeline per Eilantrag an das Verwaltungsgericht Düsseldorf in Betrieb zu nehmen. Am 26. Mai lehnte die 3. Kammer des Verwaltungsgerichts Düsseldorf den Antrag auf In-

Abfallpolitik fördert Ökodumping

In NRW werden jährlich etwa 15 Millionen Tonnen Siedlungsabfall produziert. Doch ausreichende Vorgaben und anspruchsvolle Ziele im Hinblick auf die Vermeidung und Verwertung von Siedlungsabfällen fehlen nach wie vor. Die Entwicklung und Einführung neuer Technologien, das Erschließen neuer Verwertungswege und die Verwirklichung von Stoffkreisläufen müssten in stärkerem Maße in den Vordergrund der künftigen Siedlungsabfallwirtschaft gerückt werden. All dies müsste in einem Abfallwirtschaftsplan geregelt werden. Wird es aber nicht.

In 2009 hat das NRW-Umweltministerium die Erarbeitung dieses landesweiten Abfallwirtschaftsplans, Teilplan Siedlungsabfälle, eingeleitet. Dieser hat das erklärte Ziel, die Entsorgung der in Nordrhein-Westfalen anfallenden behandlungsbedürftigen Siedlungsabfälle in Hausmüllverbrennungsanlagen und mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen im Land selbst zu erreichen (Autarkie). Durch Minimierung und Optimierung von Transporten und eine möglichst effiziente Nutzung von Abfällen als Rohstoff- und Energiequelle, so Umweltminister Uhlenberg, soll die Siedlungsabfallwirtschaft einen Beitrag zum Ressourcen- und Klimaschutz leisten. Eine Zuweisung zu einzelnen Beseitigungsanlagen in Nordrhein-Westfalen ist nicht vorgesehen. Dadurch sollen die Gestaltungsspielräume der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger erweitert und die Marktmechanismen gestärkt werden.

Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Abfallwirtschaftsplans haben die NRW-Naturschutzverbände BUND, LNU und NABU diese Weichenstellung massiv kritisiert. Der Entwurf des Abfallwirtschaftsplanes ist nach Ansicht der Naturschutzverbände völlig unzureichend und wird den gesetzlichen Vorgaben des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeit (UVPG) nicht gerecht. Der „AWP Siedlungsabfälle“ in der vorlie-

genden Form sei kein Plan, sondern lediglich eine Bestandsaufnahme ohne Handlungsoptionen zur Vermeidung im Sinne des KrW-/AbfG.

Gegenüber den bisherigen Abfallwirtschaftsplänen der Bezirksregierungen ist sogar noch eine Verringerung an planerischen Vorgaben zu verzeichnen: durch den Verzicht auf Verbindlichkeitserklärung und Zuweisung zu einzelnen Verbrennungsanlagen wird jeglicher planerische Anspruch aufgegeben und die Abfallentsorgung fast ausschließlich dem wirtschaftlichen Wettbewerb überlassen. Hier besteht die reale Gefahr, dass dies auf Kosten der Umwelt und der Menschen im Umfeld der Anlagen zu einem Abbau der Umweltstandards bei den Verbrennungsanlagen führt. Auch dem Mülltourismus wird dadurch Vorschub geleistet. Dass Abfall zukünftig quasi als „nachwachsender Rohstoff“ zur Energieerzeugung definiert werden soll, wird auch nicht zur Müllvermeidung beitragen.

Der BUND und insbesondere dessen Landesarbeitskreis Technischer Umweltschutz fürchtet massives Ökodumping durch diese neue Abfallpolitik und wird die weitere Entwicklung wachsam begleiten.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/abfallpolitik/



OGS und NUA: Umweltbildung im BUND

Bildung als ein zentraler Aspekt erfolgreicher Umweltarbeit – das steht schon lange auf der Agenda des BUND und der BUNDjugend. In den Mittelpunkt unserer Arbeit ist heute die Bildung für nachhaltige Entwicklung gerückt. Gefordert ist dabei eine interdisziplinäre und handlungsorientierte Herangehensweise. Der BUND und die BUNDjugend bieten vielfältige Bildungsangebote an. Im Zentrum stehen das BUND-Projekt „Umweltbildung in der Offenen Ganztagschule“ und die Kooperation im Rahmen der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW.

Umwelt-Agenten in der Offenen Ganztagschule 2009

Der Umweltgedanke findet auch in den Schulunterricht und die begleitenden Ganztagschulen immer mehr Einzug. BUNDjugend und BUND NRW leisten dazu einen guten Beitrag: Mit dem aus Eigenmitteln der Kreis- und Ortsgruppen des BUND realisierten Projekt „Umweltbildung in der OGS“ wurden seit 2008 bereits 1.035 Kinder mit einem Umweltbildungs-Angebot erreicht. „Umwelt erforschen, Probleme aufspüren und Fälle lösen“, das ist das Motto der Umwelt-Agenten, die mittlerweile in über 45 AGs in 24 Städten in NRW in Offenen Ganztagschulen (OGS) im Auftrag der Natur unterwegs sind. Betreut werden sie von 40 UmweltbildnerInnen, die vom BUND in Fortbildungen zu so genannten Agenten-BetreuerInnen weiter gebildet wurden.

Was heißt es eigentlich, ein Umwelt-Agent zu sein?

Im Mittelpunkt der AGs steht die Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE). Durch das projekt- und handlungsorientierte Arbeiten in den Umwelt-Agenten-Gruppen erlernen die Kinder Gestaltungskompetenzen im Sinne der BNE. Aber Bewegung, Spiel, Spaß und Naturerfahrung darf in der OGS nicht zu kurz kommen: Ausgerüstet mit gelben Sicherheitswesten, ihren Agenten-Ausweisen und -Mappen machen sich die Umwelt-Agenten auf zu Entdeckungstouren in die nähere Umgebung. Raus aus der Schule, rein in die Natur!

Es geht in den Wald, in angrenzende Parks oder auf den Schulhof und in den Schulgarten. Die Palette der Themen und Aktivitäten ist breit gefächert: Umwelt-Agenten bauen aus Laub und Ästen Quartiere für Igel und Frösche, sie machen Wasserversuche und Bodenuntersuchungen, ebenso dazu gehören Spurensuche wie künstlerische Aktionen im Wald mit und für die Natur.

Dass die vielseitigen Umweltthemen bei den Schülern gut ankommen, haben schon viele LehrerInnen, Eltern und vor allem die Kinder selbst bestätigt. Umwelt-Agenten-Betreuer Rafael Panusch erinnert sich, dass selbst Kinder ohne rechte Lust, nach den ersten Abenteuern in der Natur überzeugt waren: „Jetzt freuen die sich jedes mal riesig, und lassen sich von Dauerregen und niedrigeren Temperaturen nicht mehr abschrecken.“ Auch im Unterricht merken die KollegInnen die positiven Effekte des Projekts.

Das beste Ergebnis ist, dass die Kinder selbst aktiv werden und von sich aus vermehrt auf die Natur und ihre Umgebung achten und dabei ihre Zukunft positiv beeinflussen und mitgestalten. Dafür wurde das Vorhaben auch als Offizielles Projekt der UN-Welt-Dekade 2009/2010 Bildung für nachhaltige Entwicklung ausgezeichnet. Mit seinem Ziel der Vermittlung von Wissen und Handlungskompetenzen für den Umweltschutz in der Ganztagschule hat das Projekt die Deutsche UNESCO-Kommission überzeugt.



Lernen mitten in der Natur: Grundschüler als Umwelt-Agenten.

Fotos: BUNDjugend

In **Mettmann** erkundeten die Umwelt-Agenten vor Ort den Natur- und Erlebnisraum Bach. Nachdem im Halbjahr zuvor der nah gelegene Wald unter die Lupe genommen wurde, ging es im Herbst 2009 ums Wasser.



Weitere Infos:
www.umweltbildung-ogs.de

Natur- und Umweltschutz-Akademie

Das Bewusstsein für den Natur- und Umweltschutz in der Bevölkerung zu wecken und zu stärken sowie die in diesem Bereich Aktiven zu informieren und fortzubilden – das sind die Aufgaben der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW (NUA). Seit ihrer Einrichtung – 1985 zunächst als „Naturschutzzentrum NRW“ und 1997 zur NUA weiterentwickelt – kommt sie dieser Aufgabe in einer Vielzahl von Veranstaltungen, Lehrgängen, Aktionstagen und Kampagnen sowie durch die Entwicklung und Bereitstellung von Informationsmaterialien nach.

Die NUA ist eingerichtet im Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes NRW (LANUV) und arbeitet in einem Kooperationsmodell mit den vier anerkannten Naturschutzverbänden BUND, LNU, NABU, und SDW zusammen. Sie kooperiert darüber hinaus mit allen Bildungseinrichtungen, Institutionen und Gruppen, die erhaltend, gestaltend, wirtschaftend und mit Freizeitaktivitäten in der Landschaft wirken.

Das Tätigkeitsgebiet ist – beeinflusst durch die Agenda 21 – ständig breiter geworden. Themen wie Zukunftsfähigkeit, Nachhaltigkeit sowie Umwelt und Entwicklung in der Einen Welt gewinnen seit der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung von Rio

de Janeiro und der Folgekonferenz in Johannesburg an Bedeutung. Der Agenda 21-Prozess in NRW wird von der NUA durch Bildungsangebote und Kampagnen unterstützt. So entwickelt sich die Umweltbildung zu einer Bildung für nachhaltige Entwicklung weiter.

Für den BUND ist die NUA das traditionelle Standbein der Umweltbildung. Seit ihrer Gründung konnte der BUND dank der finanziellen Unterstützung im Rahmen des Kooperationsmodells unzählige Fachveranstaltungen, Seminare und Workshops realisieren. Allein in 2009 besuchten etwa 400 TeilnehmerInnen die BUND-Veranstaltungen.

Mehr Informationen: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/umweltbildung/

»...und jetzt noch die Erde retten« – die BUNDjugend



BUNDjugendliche im Einsatz für das Klima: Zur Belohnung gab's eine Windrad-Besteigung.

Foto: BUNDjugend

Mit vielen kleinen Taten an vielen Orten das Gesicht der Welt verändern – das ist das Ziel der Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland. Als selbständige Jugendorganisation des BUND möchte die BUNDjugend Kinder und Jugendliche im Alter von 0 – 26 Jahren für den Umwelt- und Naturschutz aktivieren.

Zukunftsscouts – zeigen wo's langgeht!

Entdecken – motzen – besser machen!" – nach diesem Motto wurden auch im Jahr 2009 zahlreiche Teens zwischen 11 und 15 Jahren als Zukunftsscouts aktiv. Die Altersgruppe wurde mit dem Wettbewerb „Zukunftsscouts – zeigen wo's langgeht!“ landesweit aufgerufen, sich mit kleinen und großen Projekten für den Schutz von Natur, Umwelt oder Klima einzusetzen.

Mit dem vom Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes NRW geförderten Projekt wurden über 500 Jugendliche erreicht.

Kreativität und Engagement der Zukunftsscouts waren überwältigend: Ein autofreier Sonntag mit Seifenkistenrennen, Straßentheater für maßvolleren Fleischkonsum, spektakuläre Entmüllungsaktionen, Nistkästenbau für Schleiereule & Co, Maisanbau gegen Gentechnik, Obstbaumpflanzungen für mehr Artenvielfalt und vie-

les mehr machte die Auswahl der fünf „Zukunftsscouts Highlights“ schwierig.

Prämiert wurde zum Beispiel das sechsköpfige Team „Klimakids“. Für den weltweiten Aktionstag „Wrap up Climate Change!“ hatten die Mädchen ein selbst entwickeltes Theaterstück für den Klimaschutz in der Innenstadt aufgeführt und durften – passend zum Thema – bei ihrer Preisverleihung ein Windrad besteigen. Die langjährig aktiven BUNDspechte aus Jüchen erstellten einen sorgfältig recherchierten Öko-Einkaufsführer für ihre Gemeinde und gewannen einen Floßbau-Gutschein mit anschließendem Bio-Picknick. Doch auch neu gegründete Gruppen waren beim Wettbewerb erfolgreich: als „Superchicks“ protestierten sechs frisch gebackene

Zukunftsscouts in Bergisch Gladbach gegen Eier aus Massentierhaltung und setzten sich dafür als Hühner verkleidet selbst in einen Käfig.

Viele Teams sind auch nach dem Wettbewerb weiter aktiv, veranstalten Müllmodenschauen, erstellen Klimakochbücher und drehen Podcasts für umweltfreundliches Verhalten.

Vielfältige Aktionsideen, Tipps und Anregungen für das Engagement von 11- bis 15-Jährigen liefert die Projekthomepage www.zukunftsscouts.de.



Der Aktivenpool der BUNDjugend NRW – Mit frechen Ideen für den Natur- und Umweltschutz



Die BUNDjugend-Klimapolizei im Einsatz.

Foto: BUNDjugend

In 2009 war der Aktivenpool der BUNDjugend NRW zu einer Vielzahl von Themen aktiv. Angesichts überall im Lande neu entstehender Hähnchenfabriken nahm sich das Netzwerk engagierter Jugendlicher im Februar zunächst dieses Themas an. Dabei gingen die Aktiven auch im beschaulichen Wesel auf die Straße. Dort streitet die BUND-Kreisgruppe schon seit längerer Zeit gegen den Bau einer neuen Hähnchenmastanlage und laxen Behörden.

„Ich wollt ich wär kein Huhn!“

Bei der Aktion präsentierten sich vier junge UmweltschützerInnen auf Styroporschalen eingeschweißt wie Hähnchen in der Frischfleischtheke. Bei Temperaturen wenig über null Grad lagen die menschlichen Tiefkühl-

hähnchen so vor dem Kaufland in Wesel. Unterstützt vom örtlichen BUND lieferten die Jugendlichen am Rande der Aktion Informationen zu den Umweltauswirkungen der Hähnchenmastanlagen sowie Handlungsmöglichkeiten gegen die industrielle Tierproduktion. Radio und Zeitung berichteten über die gelungene Aktion und die Meinung der Jugendlichen.

Spielplatzsperrung zum Jahrestag von Tschernobyl

Im April erinnerte der Aktivenpool in Dortmund mit einer Spielplatz-Sperrung zum Jahrestag der Reaktor-katastrophe von Tschernobyl an die Risiken dieser Technologie und machte sich für einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergienutzung stark. Dabei wurden am Vorabend des Jahrestags über 20 innerstädtische Spielplätze mit Flatterband und Warnschildern „Radioaktivität - Spielplatz gesperrt“ symbolisch geschlossen. Bei näherem Hinsehen war zu lesen, dass vor 23 Jahren tatsächlich Spielplätze abgesperrt wurden und derlei Schilder vor der Gefahren durch den radioaktiven Fallout von Tschernobyl warnten. Die Aktion sorgte für erheblichen Wirbel: Zahlreiche aufgeschreckte Eltern meldeten sich am Sonntagmorgen bei der Polizei und zeigten somit ihre Sorgen vor radioaktiver Strahlung.

Klimademos & Klimapolizei

Mit zahlreichen Einsätzen engagierte sich der Aktivenpool für mehr Klimaschutz. So bereicherten die Jugendlichen die Großdemonstration gegen den Bau eines neuen Kohlekraftwerks in Krefeld-Uerdingen mit „Kühltürme werfen“ und präsentierten sich auf der Demo mit Schwimmflügeln, um auf den durch den Klimawandel steigenden Meeresspiegel aufmerksam zu machen.

Anfang Dezember sensibilisierten die Jugendlichen mit einer Aktion in der Düsseldorfer Innenstadt für ein klimafreundliches Verhalten. Als Klimapolizei verteilten

sie Knöllchen an KlimasünderInnen sowie Belohnungen an FahrradfahrerInnen. Zahlreiche PassantInnen suchten das Gespräch mit den Klima-PolizistInnen und lobten den Einsatz, viele zeigten sich nach Erhalt eines Knöllchens nachdenklich oder gar einsichtig.

Von Kopenhagen nach Borschemich

Auch an den zur Klimakonferenz in Kopenhagen stattfindenden Aktionen, Demonstrationen und beim Klimaforum 09 waren zahlreiche junge Aktive aus NRW beteiligt. Die Ergebnisse des Klimagipfels, auf dem sich die Staatengemeinschaft nicht auf ein Klimaabkommen einigen konnte, sind jedoch sehr enttäuschend.

So bleibt die BUNDjugend NRW an diesem Thema dran: In 2010 bildet das Klimacamp in Borschemich am Rande des Braunkohletagebaus Garzweiler das Highlight des Veranstaltungsprogramms. Dort werden wir zeigen, das wir uns nicht verkohlen lassen und machen uns für einen konsequenten Klimaschutz stark. Weitere MitstreiterInnen beim Klimacamp und im Aktivenpool der BUNDjugend sind jederzeit gerne willkommen.

Infos und Anmeldung: www.klimacamp2010.de und www.bundjugend-nrw.de/Aktivenpool

Konsumkritische Stadtführung: ausgezeichnet!

Mit dem BUNDjugend-Workshop „Werde konsumkritischeR StadtführerIn!“ wurde 2008 in Münster die Entstehung einer engagierten StadtführerInnen-Gruppe initiiert. Im vergangenen Jahr wurden in der Fahrradstadt daraufhin konsumkritische Stadtrundgänge durchgeführt, mit denen viele junge Menschen erreicht werden konnten.

Die Fortbildung befähigt die MultiplikatorInnen, Schulklassen und anderen Gruppen Jugendlicher ihre Stadt aus einer neuen Perspektive zu zeigen. An interaktiven Stationen werden Produktionsmethoden und Werbetaktiken bekannter Firmen wie H&M, Nike, McDonalds und Tchibo beleuchtet. Der Blick auf globale Zu-

sammenhänge und Alternativen zum klassischen Konsum zeigt den Jugendlichen ihre Einflussmöglichkeiten und befähigt sie zu bewussten Kaufentscheidungen.

Die BUNDjugend bietet die Fortbildung weiterhin einmal jährlich an. 2009 wurde der Workshop sogar im Rahmen des Wettbewerbs „NRW denkt nachhaltig“ ausgezeichnet und von Staatssekretär Michael Mertes mit einem Geldpreis prämiert. Das Veranstaltungskonzept hatte die Jury dadurch überzeugt, dass Jugendlichen das Handwerkszeug gegeben wird, selbst aktiv zu werden und durch neue Stadtführungen die Öffentlichkeit für das Thema Nachhaltigkeit zu sensibilisieren.

Die Chancen auf eine Ausweitung gut funktionierender Stadtführungsteams stehen gut: Sowohl in Bochum als auch in Soest sind bereits erste Steine in's Rollen gekommen, so dass vielleicht bald auch hier Schulklassen und anderen interessierten Gruppen ein Stadtrundgang der anderen Art geboten werden kann.



Ein Stadtrundgang mal anders: Die BUNDjugend schärft ihren konsumkritischen Blick.

Foto: BUNDjugend



Mehr Infos: www.bundjugend-nrw

Unabhängig. Politisch und finanziell.

BUNDland NRW

Der BUND ist ein Mitmach-Verband. Von der niederländischen Grenze bis nach Minden-Lübbecke sind wir fast flächendeckend vor Ort präsent. In Regional-, Kreis und Ortsgruppen, in Projekten und in Landesarbeitskreisen engagieren sich hunderte von BUNDlerinnen und BUNDler gemeinsam und ehrenamtlich für den Umwelt- und Naturschutz. Mit ihrer Orts- und Fachkenntnis, mit Beharrlichkeit und pfliffigen Ideen, mit handwerklichem Geschick und viel Überzeugungskraft leisten sie Tag für Tag einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Umwelt.

Allen Unkenrufen zum Trotz zeigt sich die Mitgliederentwicklung auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten seit Jahren stabil. Ende 2009 unterstützten 19.481 Mitglieder den BUND in Nordrhein-Westfalen. Der Stellenwert des Umwelt- und Naturschutzes ist in der Öffentlichkeit anhaltend hoch. Ob Klimaschutz, Atomausstieg oder gentechnikfreie Landwirtschaft: In vielen Fragen steht die übergroße Mehrheit der Bevölkerung hinter uns. Weitere Aktive sind ausdrücklich willkommen. Machen Sie mit?



BUND-Publikationen und BUND-Medien

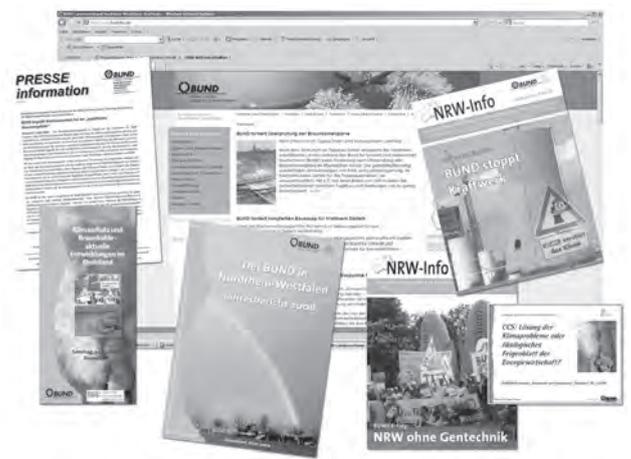
„Tue Gutes, und rede darüber“ ist ein Motto der BUND-Öffentlichkeitsarbeit. Zwar kommt der selbstlose BUND-Einsatz zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen selbstverständlich der Umwelt, der Natur und uns Menschen zugute. Dennoch wollen wir viele weitere (Noch-)Nicht-Mitglieder für unsere Arbeit begeistern, zum Mitmachen bewegen und den BUND noch bekannter machen. Dieses ist das Ziel unserer Öffentlichkeitsarbeit.

Nach dem umfassenden Relaunch in 2008 ist die BUND-Homepage www.bund-nrw.de noch attraktiver geworden. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Besuchszahlen um etwa 60 % auf mehr als 170.000.

Über das *NRWinfo*, unsere Mitgliederzeitschrift, erreichen wir regelmäßig alle unsere Landesverbandsmitglieder. Die Gesamtauflage der vier Ausgaben betrug in 2009 62.300 Exemplare, und ist damit - korrespondierend mit den Mitgliederzahlen - weitgehend stabil.

Weiterhin informiert der BUND regelmäßig über seine Reihen BUNDaktuell, BUNDhintergrund und BUNDposition.

Über den eMail-Verteiler des BUND NRW-Ticker erhalten unsere Mitglieder regelmäßig aktuelle Informationen aus unserem Verband, zu den Entwicklungen im Umwelt- und Naturschutz im Lande, Hinweise auf BUND-Seminare und sowie Termine. Alle Abonnenten erhalten neben exklusiven Sonder-Informationen tagesaktuell die Pressemitteilungen des BUND-Landesverbandes. (Anmeldung unter www.bund-nrw.de/service/nrwticker/). Für Externe steht das Presseabo zur Verfügung. Mehr als 400 Redaktionen und Einzelpersonen nutzen derzeit diesen Presse-Service.



Der BUND in den Medien

Von seinem Selbstverständnis her ist der BUND der kritische Umweltverband in Nordrhein-Westfalen. Wir mischen uns ein, klären auf, zeigen die Alternativen, sind aktiv. Die große Fachkompetenz gepaart mit professioneller Presse- und Öffentlichkeitsarbeit machen den BUND zu einem begehrten Ansprechpartner für Zeitungen, Funk und Fernsehen.

Presse-Highlight des Jahres 2009 war zweifelsohne der Kampf um das Kraftwerk Datteln. Nach dem historischen Urteil Anfang September begann eine wahre Medienschlacht – und das bundesweit. Der Rechtsstreit hält bis heute an, dementsprechend kontinuierlich ist auch die Presseberichterstattung. Aber auch der Sommerloch-Füller „Nachterstedt und die Folgen“ rund um die Erdrutsch-Gefahr in Tagebauen hielt die Pressestelle des BUND mächtig auf Trab.

Seit Jahren ein Renner ist auch der „Schmetterling des Jahres“. Er erreicht Millionen Leserinnen und Leser im deutschsprachigen Raum. Der „Schmetterling des Jahres“ zeigt, dass insbesondere „weiche“ Themen gerne von den Medien aufgegriffen werden. Eher sperrige Inhalte wie die Abfall- oder Gewässerschutzpolitik sind dagegen wesentlich schwerer zu transportieren.

„Presse geht immer vor“ – nach diesem Motto steht der BUND täglich Rede und Antwort. Ob Luftreinhaltplanung, Chemie- und Verkehrspolitik, Gentechnik oder Artenschutz – auch dank der Medien fand der BUND breites Gehör in der Öffentlichkeit.

Alle Pressemitteilungen im automatischen e-Mail-Abo: www.bund-nrw.de/nrw-presseabo.htm



Der BUND ist gefragter Ansprechpartner für Zeitungen, Funk und Fernsehen.

Fotos R. Behrens

Finanzen des BUND NRW e.V.

Politische Unabhängigkeit setzt eine ebensolche im finanziellen Bereich voraus. Die klare politische Linie des BUND in Nordrhein-Westfalen ist nur möglich, weil der Landesverband keine institutionelle Förderung erhält und auf zweifelhafte Spenden verzichtet. Basis der Einnahmen des BUND-Landesverbandes sind die Beiträge der rund 20.000 Mitglieder in NRW. Lediglich das in der Rechtsform einer GbR organisierte und damit selbstständige Landesbüro der Naturschutzverbände in Oberhausen – Träger der GbR sind neben dem BUND, die LNU und der NABU – erhält regelmäßige direkte Zuweisungen aus dem Landeshaushalt.

Woher kommen die BUND-Mittel?

Der BUND Landesverband NRW konnte im Jahr 2009 seine solide finanzielle Basis weiter ausbauen.

Die verlässlichste Unterstützung erhielt er mit rund EUR 525.000 über die Beiträge seiner Mitglieder. Dies ist die eigentliche Basis für zukunftsorientierte Natur- und Umweltschutzarbeit auf hohem fachlichem Niveau, kontinuierliche qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit und die Realisierung innovativer Projekte.

Die Spendeneinnahmen lagen im Jahr 2009 dank mehrerer überraschender Großspenden – insgesamt knapp über EUR 300.000 – deutlich höher als geplant. Dagegen waren die Bußgelder rückläufig, und der Landesverband hat 2009 keine Einnahmen aus Erbschaften erhalten.

Die Projektzuschüssen resultierten im Wesentlichen aus Förderungen, die der BUND NRW für sein Projekt

„Wassernetz Plus“, für eine Reihe von dezentralen Projekte und Verbandsklagen der Kreis- und Ortsgruppen sowie für diverse Seminare beantragt und erhalten hat. Förderinstitutionen für Natur- und Umweltschutzprojekte waren das NRW-Umweltministerium, die Natur- und Umweltschutzakademie NRW (NUA) und einige kleinere Stiftungen und Organisationen.

Die Einnahmen aus Vermögensverwaltung sind überwiegend Zinseinnahmen, z.B. aus der Beteiligung an der Windkraftanlage e3 in Geske. Gemeinsam mit seinen Kreisgruppen legt der Landesverband seine Mittel zu einem Teil in Form von



K.U. Gerhardt, pixelio.de

Beteiligungen an vorbildlichen Projekten (Upländer Bauernmolkerei, Märkischer Landmarkt oder der internationalen Genossenschaft fairPla.net) an und unterstützt damit diese Projekte.

erhöht werden.

Die Unterstützung und Betreuung der zahlreichen ehrenamtlichen Aktiven bei ihren Projekten und Aktivitäten sowie der ehrenamtlichen Gremien, in denen ein Großteil der Facharbeit des Verbandes stattfindet, schlug mit insgesamt etwa EUR 102.000 zu Buche.

Wofür der BUND seine Mittel einsetzt

Mehr als EUR 691.000 flossen 2009 unmittelbar in Natur- und Umweltschutzprojekte, Fach- und Lobbyarbeit, Aktionen oder Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Hinzu kamen weitere fast EUR 220.000, die an die BUNDgruppen und BUNDjugend NRW weiter geleitet und dann ebenfalls für umweltpolitische Arbeiten und Naturschutzprojekte vor Ort eingesetzt wurden.

Dank der unerwarteten Großspenden konnten die Rückstellungen und Rücklagen für Maßnahmen zur Entwicklung und Absicherung des Verbands deutlich

Bei den Ausgaben für den Mitgliederservice handelt es sich überwiegend um die Erstellung und den Versand der Mitgliederzeitschrift BUNDmagazin mit dem Einhefter NRWinfo mit speziellen Informationen aus Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommt die Beantwortung vieler fachlicher Anfragen aus der Mitgliedschaft zu diversen Umweltthemen. Für den Mitgliederservice gab der Landesverband knapp EUR 55.000 aus.

Für Umweltinformationskampagnen setzte der Landesverband gut EUR 18.000, für Spenden und Mitgliederwerbung rund EUR 9.000 ein. Die Kosten für Verwaltung und sonstige Kosten lagen mit 7,7 % weiterhin erfreulich niedrig.



Die BUND NRW Naturschutzstiftung



Im März 2002 rief der BUND NRW anlässlich seines 25-jährigen Bestehens mit Unterstützung der Firma Weiling GmbH aus Coesfeld die BUND NRW Naturschutzstiftung ins Leben. Mit dieser Stiftung wollen der BUND und Weiling nachhaltig wirksamen Umwelt- und Naturschutz noch tiefer verwurzeln und langfristiges Engagements zugunsten von Umwelt und Natur ermöglichen.

Das Kapital der Stiftung bleibt dauerhaft erhalten und wird nicht verbraucht. Nur die Erträge sowie Spenden dienen der BUND NRW Naturschutzstiftung für ihre Naturschutzprojekte. Je größer das Stiftungskapital durch Zustiftungen wird, desto besser kann die BUND NRW Naturschutzstiftung zukünftig ihre Aufgaben erfüllen.

Die Stiftung möchte helfen, unser einmaliges Naturerbe in Nordrhein-Westfalen zu bewahren

- durch schnelles, unbürokratisches Handeln
- unabhängig von Politik und Wirtschaft
- für die Zukunft Nordrhein-Westfalens.

Wichtigstes Projekt der Stiftung ist bislang die jährliche Auswahl des „Schmetterlings des Jahres“ (s.S.14).

Aufgabe der Stiftung ist auch die dauerhafte Sicherung von wertvollen Naturschutzflächen. In 2008 hat die Stiftung die Kattenstein-Höhle in Kallenhardt im Kreis Soest übernommen, die unter anderem wegen ihrer Fledermausvorkommen europarechtlich geschützt ist. Die Betreuung der Höhle übernehmen ehrenamtlich die BUND-Ortsgruppe Lörmecketal und die Arbeitsgemeinschaft Höhle und Karst Lippe. Aus Stiftungsgeldern wurden im vergangenen Jahr notwendige Pflegemaßnahmen finanziert.

Daneben hat die BUND NRW Naturschutzstiftung in 2009 die vorbereitenden Arbeiten zum Kauf der Quarzkiesgrube Brenig in Bornheim forciert (s. S. 15).

Mehr Infos: www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de

Wir über uns:

Das BUND-Team 2009

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland setzt sich ein für den Schutz unserer Natur und Umwelt – damit die Erde für alle, die auf ihr leben, bewohnbar bleibt.

Der BUND engagiert sich – zum Beispiel – für eine ökologische Landwirtschaft und gesunde Lebensmittel, für den Klimaschutz und den Ausbau regenerativer Energien, für den Schutz bedrohter Arten, des Waldes und des Wassers.

Mit insgesamt etwa 480.000 Mitgliedern und Förderern ist der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland einer der großen Umweltverbände in Deutschland.

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen wurde im Jahre 1976 gegründet. Die Anerkennung nach dem Bundesnaturschutzgesetz erhielt der BUND NRW im Jahre 1981. Daraus ergeben sich besondere Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten bei Planverfahren, die Natur und Landschaft beeinträchtigen.

Der Vorstand des BUND NRW arbeitet rein ehrenamtlich, ebenso wie die Mitglieder der Facharbeitskreise. Ein Team von acht hauptamtlichen MitarbeiterInnen koordiniert die Arbeit des Landesverbandes, führt Kampagnen durch, managt Projekte und sorgt für eine umfassende Betreuung der Mitglieder und UnterstützerInnen.



Auf der Landesdelegiertenversammlung 2009 in Dortmund wurden die Aktiven aus dem Rhein-Sieg-Kreis als „BUND-Kreisgruppe des Jahres“ ausgezeichnet.

Fotos: D. Jansen



Ein starkes Team: BUND-Landesvorstand und die MitarbeiterInnen der Landesgeschäftsstelle. Fotos: D. Jansen, P. Kröfges

Der Landesvorstand 2009:

- Paul Kröfges, *Landesvorsitzender*
- Bernd Meier-Lammering, *stellvertr. Landesvorsitzender*
- Friedrich Ostendorff, *stellvertr. Landesvorsitzender*
- Klaus Brunsmeier, *Schatzmeister*
- Tim Haeck, *BUNDjugend-Vertreter*
- Notburga Henke, *Beisitzerin*
- Horst Meister, *Beisitzer*
- Milena Pendzich, *Beisitzerin*
- Prof. Dieter Schmalz, *Beisitzer*
- Holger Sticht, *Beisitzer*
- Christine Zechner, *Beisitzerin*

Die Landesgeschäftsstelle:

- Dr. Christoph Aschemeier, *Projekt WASSERNETZ NRW*
- Rolf Behrens, *Sekretariat*
- Dr. Jochen Behrmann, *Geschäftsleiter Organisation*
- Ralf Bilke, *Kreis- und Ortsgruppenbetreuung/Agrarreferent*
- Kristina Grund, *Cash-Management, Haushaltsüberwachung*
- Dirk Jansen, *Geschäftsleiter Umwelt- und Naturschutzpolitik, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*
- Claudia Reuter, *Büroassistentz*
- Uschi Vennes, *Zahlungsverkehr / Spendenbescheinigungen*

BUND-Landesarbeitskreise gibt es zu den Themen:

- Atom
- Braunkohle
- Deregulierung
- Energie
- Heimische Orchideen
- Landwirtschaft
- Naturschutz
- Technischer Umweltschutz
- Verkehr
- Wald und Stadtbäume
- Wasser

Ansprechpartner der Arbeitskreise und der etwa 180 örtlichen BUND-Gruppen sind in der Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0211 / 30 200 5-0, zu erfragen. Oder schauen Sie ins Internet: www.bund-nrw.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

Bund für Umwelt
und Naturschutz Deutschland
Landesverband
Nordrhein-Westfalen e.V.
Merowingerstr. 88
40225 Düsseldorf
Tel.: 0211/302005-0
Fax: -26,
e-Mail: bund.nrw @bund.net

V.i.S.d.P.:

Paul Kröfges, Landesvorsitzender

Redaktion, Text & Layout:

Dirk Jansen

Beiträge:

Dr. Christoph Aschemeier,
Dr. Jochen Behrmann,
Ralf Bilke, Paul Kröfges,
Mareike Kursawe,
Dr. Michael Luwe,
Horst Meister,
Andrea Schaupp

BUND-Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln
BLZ: 370 205 00
Konto-Nr. 8 204 700

Nachdruck oder sonstige
Verwertung nur mit
Genehmigung des
BUND NRW e.V.

Der BUND im Internet:

www.bund-nrw.de

Düsseldorf, März 2010



Die Natur und die Umwelt brauchen Ihren Schutz. Deshalb gibt es den BUND. Werden Sie Mitglied.



Foto: BUND

Werden Sie aktiv im BUND
oder unterstützen Sie unsere Arbeit
durch eine Spende:
Konto 8 204 700, BLZ 370 205 00,
Bank für Sozialwirtschaft (Köln)

Mehr Infos:
www.bund-nrw.de